T a g e s o r d n u n g

für die am Samstag, den 29.April 1933 um 15 Uhr nachmittag stattfindende 12.ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr.

1.) Mitteilungen des Bürgermeisters.

S t a d t r a t.

Referent Bürgermeister-Stellvertreter Anton Azwanger:

2.) Verleihung der goldenen Stadtplakette an Landesamtsdirektor Hermann Attems.

Referent Stadtrat Dr.Rudolf Schneeweiss:

3.) Bengesser Karl, Hausankauf.

4.) Stadtrandsiedlung auf den Steinfeldgründen.

Referent Stadtrat Karl Dedic:

5.) "Geste" Bilanz für das Jahr 1932.

Referent Stadtrat Leopold Schlossgangl:

6.) Freiw.städt.Feuerwehr,Bestätigung des neugewählten Oberkommandos.

Fürsorgeausschuss:

Referent Bürgermeister-Stellv.Anton Azwanger:

7.) Neuernennung von Fürsorgeräten.

Finanz- und Rechtsausschuss.

Referent Gemeinderat Josef Kirchberger:

8.) Kaisereiner Leopold, Abgaben-Rekurs.

9.) Freismuth Karl, Abgaben-Rekurs.

Referent Gemeinderat Michael Sieberer:

10.) Neubestellung des Gemeinde-Einigungsamtes nach der o.ö. Haus- und Landarbeitsordnung für das Jahr 1933.

S t a d t r a t:

Referent Bürgermeister Franz Sichlrader:

11.) Rechnungsabschluss für das Jahr 1932.

12.) Voranschlag für das Jahr 1933.

Vertrauliche Sitzung.

N i e d e r s c h r i f t

über die 12.ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Samstag, den 29.April 1933.

Beginn: 15 Uhr.

T a g e s o r d n u n g.

1.) Mitteilungen des Bürgermeisters.

S t a d t r a t.

Referent Bürgermeister-Stellvertreter Anton Azwanger:

2.) Verleihung der goldenen Stadtplakette an Landesamtsdirektor Hermann Attems.

Referent Stadtrat Dr.Rudolf Schneeweiss:

3.) Bengesser Karl, Hausankauf.

4.) Stadtrandsiedlung auf den Steinfeldgründen.

Referent Stadtrat Karl Dedic:

5.) "Geste" Bilanz für das Jahr 1932.

Referent Bürgermeister-Stellvertreter Ferdinand Knabl:

6.) Freiw.städt.Feuerwehr,Bestätigung des neugewählten Oberkommandos.

Fürsorgeausschuss.

Referent Bürgermeister-Stellv.Anton Azwanger:

7.) Neuernennung von Fürsorgeräten.

Finanz- und Rechtsausschuss.

Referent Gemeinderat Josef Kirchberger:

8.) Kaisereiner Leopold, Abgaben-Rekurs.

9.) Freismuth Karl, Abgaben-Rekurs.

Referent Gemeinderat Michael Sieberer:

10.) Neubestellung des Gemeinde-Einigungsamtes nach der o.ö. Haus- und Landarbeitsordnung für das Jahr 1933.

S t a d t r a t.

Referent Bürgermeister Franz Sich lrader:

11.) Rechnungsabschluss für das Jahr 1932.

12.) Voranschlag für das Jahr 1933.

Vertrauliche Sitzung.

./.

Anwesende: Vorsitzender Bürgermeister Franz Sichlrader, die Bürgermeister-Stellvertreter Anton Azwanger und Ferdinand Knabl, die Stadträte:
Dedic Karl, Dressl August, Klement Karl, Marktschläger Rudolf, Dr.Schneeweiss Rudolf,

die Gemeinderäte:

Berger Rudolf
Dr.Breitler Leopold
Chalupka Elise
Daspelgruber Josef
Steinkellner Julius
Grafleitner Josef
Hamberger Josef
Hofmann Rudolf
Bamminger Alois
Kirchberger Josef
Egger Johann
Leitzinger Karl
Dr.Peyrer-Angermann
Pfaff Johann
Sieberer Michael
Schöner Johann
Schrangl Franz
Schwitzer Erna
Steiner Florian
Steiner Johann
Tribrunner Franz
Voglsam Josef
Weindl Anton.

Vom Magistrate: Magistrats-Direktor Dr.Ferdinand Häuslmayr, Bauamtsdirektor Ing.Heinrich Treml, Oberrechnungsrat Franz Liska und als Schriftführer Oberkommissär Hans Sichlrader.

Der Vorsitzende Bürgermeister Franz Sichlrader eröffnet um 15 Uhr 15 Minuten die Sitzung, stellt die Beschlussfähigkeit fest und gibt bekannt, dass die Stadträte Hans Roithner und Leopold Schlossgangl, sowie die Gemeinderäte Friedrich Schickl und Hans Witzany als entschuldigt zu gelten haben. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung bestimmt der Vorsitzende die Gemeinderäte Anton Weindl und Rudolf Berger zu Niederschriftsprüfer. Ferners bringt der Vorsitzende folgendes Schreiben zur Kenntnis:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich gestatte mir namens der "Deutschen Wahlgemeinschaft" anzuzeigen, dass Herr Franz Firbas sein Gemeinderatsmandat zurücklegt und bitte ich Sie, den

Herrn Julius Steinkellner, Postoberinspektor, Steyr, Spitalskystrasse Nr.10 in den Gemeinderat einzuberufen. Dr.Peyrer-Angermann. Steyr, am 26.Jänner 1933."

Der Vorsitzende führt dazu aus, dass er diesem Wunsche nachgekommen sei und Herrn Steinkellner bereits für diese Sitzung eingeladen habe. Hierauf wird die Angelobung des neuen Gemeinderates Julius Steinkellner in der vorgeschriebenen Form vorgenommen. Weiters teilt der Vorsitzende mit, dass infolge der Aenderung in der Besetzung der Stelle als Bürgermeister-Stellvertreter auch in den einzelnen Ausschüssen Verschiebungen notwendig geworden sind und ersucht um die Zustimmung zu folgenden Aenderungen:

Finanz- und Rechtsausschuss: An Stelle Knabl Ferdinand - Weindl Anton.

Bau- und Verwaltungsausschuss: An Stelle Marktschläger Rudolf - Knabl Ferdinand.

Kassenkommissäre: An Stelle Knabl Ferdinand - Marktschläger Rud.

Einstimmig zur Kenntnis genommen.

Sodann teilt der Vorsitzende mit, dass ihm folgende Interpellation, die mit der notwendigen Anzahl von Unterschriften versehen ist, zugekommen sei und verliest den Wortlaut derselben:

"Am 22.d.M. wurde im Rathause Steyr von der Polizei eine Waffensuche veranstaltet, die - wie nicht anders zu erwarten war - völlig ergebnislos verlief. Wenn auch die Durchsuchung im Einverständnis mit dem Bürgermeister erfolgte, so ist doch anzunehmen, dass der Bürgermeister seine Zustimmung nur deshalb erteilte, um ein gewaltsames Eindringen in das Rathaus zu vermeiden.

Soweit bekannt geworden ist, haben die leitenden Funktionäre der Gemeinde, die ein Gelöbnis auf die Verfassung abgelegt haben, der Polizei die Versicherung gegeben, dass im Rathaus keine Waffen vorhanden seien. Da trotz dieser Versicherung die Durchsuchung erfolgte, ist wohl der Schluss gerechtfertigt, dass die Polizei vermutlich anonymen Elementen mehr Vertrauen schenkte als öffentlichen Organen. Dies aber bedeutet eine schwere Schädigung der Autorität einer Behörde, die sozusagen von einer koordinierten

Behörde unter Polizeiaufsicht gestellt wird. Es ist wohl bisher in einem Rechtsstaate nicht üblich gewesen, dass öffentliche Behörden gegeneinander mit Waffengewalt amtshandeln.

Die Gefertigten stellen daher an den Herrn Bürgermeister folgende Anfragen:

1. In welcher Weise ist die Waffensuche veranlasst worden ?
2. Sind dem Herrn Bürgermeister die Anzeiger bekannt ?
3. Was gedenkt der Herr Bürgermeister zu tun, um in Hinkunft solche das Ansehen einer autonomen Gemeindevertretung und politischen Bezirksbehörde schädigende, in keinem Gesetz begründete Eingriffe hintanzuhalten ?

Schöner Hans, Chalupka Elise, Tribrunner Franz, Daspelgruber Josef, Bamminger Alois, Klement Karl, Dressl August."

Der Vorsitzende beantwortet die Interpellation wie folgt:

"Auf die Fragen der Herren Interpellanten habe ich folgendes zu antworten:

Zu 1. und 2.:

Am 22.d.M. wurden Bürgermeister-Stellvertreter Azwanger und Magistratsdirektor Dr.Häuslmayr - ich selbst war leider beruflich in Wien - zum Bundespolizeikommissariate Steyr geladen, wo ihnen die überraschende Mitteilung gemacht wurde, dass die Polizei aus verlässlicher Quelle wisse, dass im Rathaus 2 Maschinengewehre verborgen seien. Selbstverständlich trat Bgmstv.Azwanger dieser Verdächtigung mit aller Entschiedenheit entgegen und verlangte dem Namen des Anzeigers, was jedoch abgelehnt wurde. Mit Rücksicht auf die schwere Beschuldigung, die sozusagen den Vorwurf des Missbrauches der Amtsgewalt enthielt und die Gefahr einer gewaltsamen Hausdurchsuchung forderte Bgmstv.Azwanger, nachdem er sich mit mir telephonisch ins Einvernehmen gesetzt hatte, die Hausdurchsuchung, auch um den Schein des Verdachtes endgiltig zu beseitigen. Die Hausdurchsuchung wurde dann um 12 Uhr mittags mit grosser Assistenz eingeleitet und war um ½ 4 Uhr nachmittags beendet. Es wurden alle Räume des Rathauses einer gründlichen Untersuchung unterzogen

Bemerkt sei noch, dass im Archiv auch Mauern aufgebrochen wurden, obwohl Baudirektor Ing.Treml als Sachverständiger versicherte, dass nach dem Urteil jedes Fachmannes an dem Mauerwerk jahrzehntelang keine Aenderung vorgenommen worden sein könne. Man hielt es auch für notwendig, die Privatkorrespondenz des Bgmst. Azwanger zu visitieren.

Zu 3. : Ich habe bereits einen energischen Protest der Landesregierung vorgelegt und sie um Garantien gebeten, dass derartige Vorkommnisse in Zukunft unmöglich gemacht werden."

Nach Kenntnisnahme dieser Interpellationsbeantwortung gibt der Vorsitzende noch bekannt, dass ihm von Stadtrat Dressl und Genossen ein Dringlichkeitsantrag unterbreitet wurde, dessen Behandlung erst am Schlusse der Sitzung vorgenommen werden wird. Sodann wird in die Tagesordnung eingegangen.

S t a d t r a t.

Referent Bürgermeister-Stellv.Anton Azwanger:

Punkt 2.) Verleihung der goldenen Stadtplakette an Landesamtsdirektor Hermann Attems.

Zl.3072/33 In diesem Zusammenhange bringt der Referent folgenden Bericht über die Steyrer-Winterhilfe.

Die diesjährige Winterhilfe gliederte sich so wie die vorjährige in mehrere Zweige.

Es wurden geführt: Die Ausspeiseaktion, die Schul-Milchaktion, Beheizungshilfe, Fleisch- und Käseaktion, die Ausgabe von verbilligter Milch und verbilligtem Brot, die Aktion "Eins geht mit", endlich die Bekleidungsaktion.

Die Durchführung dieser Aktionen wurde ausschliesslich durch Spenden ermöglicht, gemeindeeigene Mittel wurden hiezu nicht verwendet.

Die Teilnahme an diesen Aktionen war nicht auf die in Steyr Zuständigen beschränkt. Es nahmen an allen Zweigen auch Fremdzuständige teil. Eine Beschränkung auf nach Steyr Zuständige würde dem Sinne der Winterhilfe widersprechen.

Ein ganz ansehnlicher Teil der Befürsorgten ist nach auswärts zuständig. Die Ausspeiseaktion konnte dank dem Entgegenkommen der Direktion der Steyr-Werke A.G. und der Kantineverwaltung auch heuer wieder in den Räumen der Werkskantine durchgeführt werden. Die Ausspeiseaktion setzte mit 28.November 1932 ein und dauerte bis 31.März 1933. Es wurden durch 124 Tage durchschnittlich 1611 Personen täglich mit je einer warmen Mahlzeit bedacht. (Vergleichsziffern: 1931 - 152 Tage, 586 Personen durchschnittlich.) Im heurigen Jahre wurden 199.829 Portionen (1931 - 89.034) verabreicht. Die notwendigen Arbeiten verrichteten 8 Hilfspersonen.

An Naturalspenden gingen ein:

Von der Bäckergenossenschaft in Steyr	794 Laib Brot
vom Bäckermeister Rahofer in Kleinraming	180 " "
Kartoffelspenden	51.000 kg
Landesspende an Käse	294 kg
von der Fa.Titze, Kaffee	800 kg
von der Fa. Frank Söhne, Kaffee und Zucker	96 kg
von der Fa.Kathreiner, Kaffee	90 kg
von der Zuckerfabrik Enns, Kristalzucker	1.000 kg
Landesspende, Mehl	2.380 kg
Firma Klaffenböck Steyr, Mehl	85 kg
Firma Eidenberger Steyr, Mehl	85 kg
Firma Recheis, Teigwaren	50 kg
Konsumverein Steyr, Bohnen	800 kg
Konsumverein Steyr, Seife	20 kg
Konsumverein Steyr, 10 Lebensmittelpakete a 5 kg	50 kg
Firma Riva Wien I., Terpentinseife	35 kg
Lamberg'sche Güterdirektion Steyr	1 Hirsch
Firma Bruckner, Asten, Gries	40 kg
Firma "Alma", Bregenz, Käse	5 kg
Firma Loizmayr, Fleischhauer Steyr, Rindsköpfe	9 Stück
Gutsverwaltung Boschan, Achleiten, Käse	36 Stück
von verschiedenen Steyrer Firmen, Tee	6 kg
von der Sacharinfabrik, Sacharin	5 kg

von der Schärdinger Molkerei, Butter ..... 50 kg
von der Biomalz-Vertriebsgesellsch.für Oe.,Biomalz 1 Kiste
von "Suchard" A.G. Bludenz, Kakao ..... 1 Kiste

Schulmilch-Aktion: Im Dezember 1932 wurde an sämtlichen Volks- und Hauptschulen Steyr's eine Milchaktion für bedürftige Kinder begonnen. Die Mittel für diesen Zweig der Winterhilfe wurden durch die Versicherungsanstalten "Phönix" und "Gemeinde Wien" bereitgestellt. Den beiden Anstalten, die durch die hochherzigen Spenden die tägliche Ausgabe von einem Viertelliter Milch und einem ausgiebigen Stück Brot an rund 900 Kinder durch 90 Tage ermöglichten, sei besonders gedankt.

Fleischaktion: Dank der Vorsorge der o.ö.Landesregierung Linz wurde Steyr auch in die Fleischaktion - Ausgabe von verbilligtem Rindfleisch - einbezogen. Es gelangten ca. 5.500 kg Fleisch à 80 g zur Verteilung. Am 31.März 1933 wurden 600 kg Bundeswurst ausgegeben.

An dieser Stelle sei den Steyrer Fleischhauern, die die Ausgabe des Fleisches besorgten, für ihre Mühewaltung herzlichster Dank gesagt !

Käseaktion: An verbilligtem Käse wurden rund 5.000 Portionen a 40 g ausgegeben.

Milch- und Brotaktion: Am 24.Februar 1933 setzte die Ausgabe verbilligter Milch und verbilligten Brotes ein. Diese Aktion geht weiter.

Kohlenaktion: Die Fürsorgeverwaltung erhielt für die Winterhilfe 452.200 kg Kohle gespendet. 440.000 kg allein durch die o.ö. Landesregierung. Ein ganz wesentlicher Teil dieser letzteren Spende - fast 50 % - wurden durch Freischichten, die die Arbeiter des Kohlenrevieres Wolfsegg zu Gunsten der Notstandsgebiete durchführten, bereitgestellt.

Der Revierbelegschaft sei für diese prachtvolle Unterstützung der herzlichste Dank zum Ausdruck gebracht !

Von der Lamberg'schen Güterdirektion wurden 10 m^3 Holz gespendet. Diese Heizmaterialien wurden an 8.600 Personen verteilt.

Ein kleiner eiserner Vorrat von rund 8000 kg Kohle erliegt im städt.Bauhof. Der Gewichtsabgang bezw.Verlust betrug insgesamt rund 14.000 kg.

Kleider- und Schuhaktion : Für Kleider und Schuhe wurden rund S 12.000.- ausgegeben. Der Spendeneinlauf in diesem Zweig der Winterhilfe war sehr gering. Von mehreren Steyrer Firmen erhielt die Fürsorgeverwaltung Kleider,Wäsche und Stoffe.

Geldspenden: Seit Beginn der Winterhilfe (1931) bis 30.März 1933 liefen an Bargeldspenden ..... S 160.927.67 ein, denen Ausgaben von ..... " 139.447.12 gegenüberstanden. Es ergibt sich also ein Saldo von " 21.480.55

Die Namen der Spender wurden bereits veröffentlicht.

Aktion "Eins geht mit". Es wurden 25 Kinder in Naturalverpflegung genommen und von verschiedenen Spendern rund S 1.400 eingezahlt.

Die Fürsorgeverwaltung dankt allen Spendern herzlichst. Ganz besonderen Dank sei der o.ö.Landesregierung ausgesprochen, die durch ihr Entgegenkommen erst die Durchführung der Winterhilfe ermöglichte. An erster Stelle gebührt dieser Dank dem Herrn Landesamtsdirektor Attems.

Vielen Dank sei auch dem Bundesministerium für soziale Verwaltung für die namhaften Geldspenden gesagt.

Hierauf stellt der Referent folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschliesse: In dankbarer Anerkennung der ausserordentlichen Verdienste, die sich Landesamtsdirektor Attems um die Ermöglichung und Durchführung der Winterhilfsaktion 1931/1932 und insbesonders 1932/1933 für die not leidende Bevölkerung der Stadt Steyr erworben hat, wird ihm die goldene Stadtplakette verliehen.

Der Herr Bürgermeister wird ersucht, die Ueberreichung in der ihm geeignet erscheinenden Form zu veranlassen.

Einstimmig angenommen.

Referent Stadtrat Dr.Rudolf Schneeweiss:

Punkt 3.) Bengesser Karl, Hausankauf.

Zl.4937/32 Der Referent gibt eine eingehende Darstellung der Gründe die zum Entschluss dieses Kaufes führten bekannt und verweist im besonderen auf die schon wiederholt abgeführten Debatten im Gemeinderat, auf die berechtigten Interpellationen verschiedener Körperschaften, ferners auf den Antrag des städtischen Bauamtes, der besagt, dass die so dringende Regulierung der Sierningerstrasse erst nach Ankauf und Abbruch des fraglichen Objektes vorgenommen werden kann und schliesslich auch auf den durch die wiederholten Verhandlungen mit dem Verkäufer erzielten günstigen Kaufpreis. Er stellt daher folgenden Antrag und bittet um die Zustimmung.

Der Ankauf des dem Karl Bengesser gehörigen Hauses in Steyr, Sierningerstrasse 122 um den Betrag von S 12.000.- wird unter der Bedingung beschlossen, dass das Haus vollständig geräumt der Stadtgemeinde seitens des Verkäufers übergeben werden kann. Die auf dem Hause lastende Sparkassenforderung ist von der Stadtgemeinde Steyr zur Selbstzahlung zu übernehmen. Die Differenz zwischen dieser Sparkassenforderung aus dem Kaufschillinge ist nach Erfüllung obiger Bedingungen an den Verkäufer in barem auszubezahlen. Im übrigen haben die üblichen Kaufbedingungen zu gelten.

Bürgermeister-Stellv.Ferdinand Knabl stellt ebenfalls die Notwendigkeit des Ankaufes fest und gibt bekannt, dass seine Fraktion für den Referentenantrag stimmen werde.

G.R.Rudolf Berger ersucht, man möge dem Verkäufer bezüglich der Räumung des Hauses behilflich sein. Im übrigen wird seine Fraktion für den Antrag stimmen.

Einstimmig angenommen.

Punkt 4.) Stadtrandsiedlung auf den Steinfeldgründen.

Zl. 500/33 Der Referent gibt bekannt, dass sich eine Genossenschaft mit dem Sitze in Steyr gegründet hat, die es sich zur Aufgabe machte, im Rahmen der vom Bundesministerium für soziale Verwaltung ergangenen Richtlinien eine Siedlung auch in Steyr in die Wege zu leiten. Es wurde daher auch an die Gemeinde wegen Grundüberlassung

herangetreten. Er verweist auf das soziale Moment einer solchen Aktion, der sich auch die Gemeinde nicht verschliessen kann und ersucht um prinzipielle Zustimmung seines Antrages.

Der Gemeinderat beschliesse:

Die Schaffung einer Stadtrandsiedlung, jedoch nur auf den Steinfeldgründen im Sinne des Vorschlages des Bauamtes wird unter den vom Bauamte in Punkt I bis VIII angegebenen Bedingungen, ferner unter der weiteren Bedingung beschlossen, dass dem Bauamte ein massgebender Einfluss auf die Zusammensetzung der Genossenschaft, welche die Siedlung zu errichten hat, gewahrt bleibt.

Gemeinderat Hans Steiner bezweifelt das soziale Moment dieser Aktion und vermeint, dass damit Grundspekulationen entstehen könnten. Es stellt sich aber im Laufe der Debatte, an der sich auch der Vorsitzende Bürgermeister Sichlrader beteiligt, heraus, dass vom G.R.Steiner eine Verwechslung dieser Aktion mit einer anderen vollkommen privaten Grundveräusserung vorliegt. G.R.Steiner nimmt diese Erklärung zur Kenntnis und es gelangt der Referentenantrag einstimmig zur Annahme.

Referent Stadtrat Karl Dedic:

Punkt 5.) "Geste" Bilanz für das Jahr 1932.

Zl.1882/33 Der Referent teilt mit, dass es trotz der schlechten Geschäftslage des Jahres 1932 möglich war, einen entsprechenden Reingewinn zu erzielen, das beweist, dass das Unternehmen auf einer gesunden Grundlage fusst. Er bringt die gesamte Bilanz und die Teilbilanzen der einzelnen Zweige des Betriebes zur Kenntnis wie folgt:

Bilanz vom 31.Dezember 1932.

	Soll	Haben
Kasse	1.113.31	
Bankguthaben	15.526.06	
Debitoren	9.958.82	
Transport:	26.598.19	

			Soll	Haben
		Transport:	26.598.19	
Lager			2.994.65	
Einrichtung			5.067.-	
Kreditoren				451.97
Transitorische Posten				4.126.79
Reinvermögen 1.1.1932		24.380.81		
Bruttogewinn 1932	7.600.27			
ab Körperschaftssteuer	1.900.-	5.700.27		30.081.08
			34.659.84	34.659.84

Gewinn- und Verlustrechnung vom 31.Dezember 1932.

	Verlust	Gewinn
Reklame-Abteilung		2.027.44
Bestattungsanstalt		1.761.36
Versicherungsgeschäftsstelle		1.911.47
G e s a m t g e w i n n	5.700.27	
	5.700.27	5.700.27

Bilanz-Reklame

vom 31.Dezember 1932.

	Soll	Haben
Kasse	371.10	
Bank-Guthaben	62.85	
Debitoren	6.254.37	
Einrichtung	690.-	
Kreditoren		76.98
Transitoren		2.144.38
R e i n v e r m ö g e n		5.156.96
	7.378.32	7.378.32

Bilanz-Bestattung

vom 31.Dezember 1 9 3 2.

	Soll	Haben
Kasse	371.10	
Bank-Guthaben	15.046.16	
Debitoren	3.704.45	
Lager	2.994.65	
Einrichtung	4.377.-	
Kreditoren		374.99
Transitoren		3.105.72
R e i n v e r m ö g e n		23.012.65
	26.493.36	26.493.36

Bilanz-Versicherung

vom 31.Dezember 1932.

	Soll	Haben
Kasse	371.11	
Bankguthaben	417.05	
Transitoren	1.123.31	
R e i n v e r m ö g e n:		1.911.47
	1.911.47	1.911.47

Unter Hinweis darauf, dass die Bilanz vom städtischen Rechnungsamte überprüft und in Ordnung befunden wurde, stellt Referent folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschliesse:

Die Bilanz der städtischen Unternehmungen "Geste" für das Geschäftsjahr 1932 mit A k t i v e n im Betrage von S 34.659.84

P a s s i v e n " " " " 4.578.76

somit einem Reinvermögen von S 30.081.08

wird genehmigt. Der in der Bilanz ausgewiesene R e i n g e w i n n im Betrage von S 5.700.27 ist an die Stadtkasse abzuführen und als Zinsenvergütung für die zur Liquidierung der alten "Geste" aufgewendeten Mittel zu verwenden.

Bürgermeister-Stellvertreter Ferdinand Knabl erklärt namens seiner Fraktion, dass sie für den Referentenantrag stimmen werden, umsomehr weil der Reingewinn zur Zinsendeckung der alten "Geste" verwendet wird. Er knüpft aber daran die Bedingung, dass im Falle einer Passivität des Unternehmens dieses aufzulösen sei.

Hierauf wird der Antrag mit einer Gegenstimme angenommen.

Referent Bürgermeister-Stellv.Ferdinand Knabl:

Punkt 6.) Freiw.städt.Feuerwehr,Bestätigung des neugewählten Oberkommandos.

Zl.1145/33 Der Referent führt aus, dass das neugewählte Oberkommando der Bestätigung des Gemeinderates bedarf und stellt folgenden Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr bestätigt hiemit im Sinne des § 12 der Statuten der freiw.städt.Feuerwehr in Steyr die in der Hauptversammlung am 5.Februar 1933 vorgenommene Wahl des Oberkommandos und zwar in folgender Besetzung:

Kommandant: Franz Keller,Fabrikant in Steyr,

Kommandant-Stellvertreter: Josef Hack,Fabrikant in Steyr,

Brandmeister I.Zug: Karl Sommerhuber,Kaufmann in Steyr,

Brandmeister II.Zug: Anton Eberl,Dachdeckermeister in Steyr.

Einstimmig angenommen.

Fürsorgeausschuss.

Referent Bürgermeister-Stellvertr.Anton Azwanger:

7.) Neuernennung von Fürsorgeräten.

Zl.1221/33, 2503/33, 8227/33.

Der Referent gibt bekannt, dass in letzter Zeit einige Fürsorgeräte ihre Stellen niedergelegt haben und es daher notwendig sei, eine Neubestellung vorzunehmen. Er stellt folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschliesse: An Stelle zurückgetretener Fürsorgeräte werden nachbenannte Personen zu Fürsorgeräten neu ernannt und zwar:

Josef Staudinger, Steyr,Steinerstrasse Nr.6, für den 13.Bezirk.

Josef Petutschnig,Steyr, Haratzmüllerstrasse 37, für den 16.Bezirk.

Karl Kaulich, Steyr, Schiffmeistergasse 11, für den 17. Bezirk.
Johann Römbauer, Steyr, Göthestrasse Nr. 3, für den 19. Bezirk.
Anna Weissenbichler, Steyr, Marxstrasse Nr. 6, für den 20 a Bezirk.
Marie Voglsam, Steyr, Bindergasse Nr. 5 für den I. Bezirk.

Den abgetretenen Fürsorgeräten wird der Dank des Gemeinderates ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

Bürgermeister-Stellv. Anton Azwanger übernimmt den Vorsitz.

Finanz- und Rechtsausschuss.

Referent Gemeinderat Josef Kirchberger:

Punkt 8.) Kaisereiner Leopold, Abgaben-Rekurs.

Zl. 1411/33 Der Referent gibt bekannt, dass der Einspruchswerber der Ansicht sei, dass er für seine innehabende Dienstwohnung keine Mietzinsabgabe zu entrichten habe, was sich als irrig erweist. Er stellt folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschliesse: Dem Einspruche des Leopold Kaisereiner gegen die Vorschreibung einer Mietzinsabgabe wird k e i n e Folge gegeben, da gemäss § 1 des Gesetzes vom 23.12. 1925, L.G.Bl. Nr. 30, die Inhaber von Natural- und Dienstwohnungen den Mietern gleichzuhalten sind und als solche der Abgabepflicht unterliegen. Gemäss § 3, Absatz 3, sind Dienst- und Naturalwohnungen jede für sich in Anschlag zu bringen und bilden demnach ein eigenes Steuerobjekt.

Da im gleichen Gegenstande ein weiterer Rekurs eingelaufen ist und zwar

Punkt 9.) Freismuth Karl, Abgabenrekurs

Zl. 1410/33 stellt der Referent den gleichen Antrag.

G.R. Hans Steiner verweist darauf, dass der Schulwart Kaisereiner nicht nur die Begünstigung einer Dienstwohnung hat, sondern auch ein Geschäft ausübt und sich als Doppelverdiener von der Besteuerung drücken will. Er fordert auf Grund der günstigen Verhältnisse dieses Einschreiters eine höhere Besteuerung.

G.R.Josef Kirchberger gibt dahin Aufklärung, dass das Geschäft mit der Mietzinsabgabe nichts zu tun habe und die Einhebung der Mietzinsabgabe nur im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen möglich sei. Hierauf wird der Referentenantrag in beiden Fällen einstimmig angenommen.

Referent Gemeinderat Michael Sieberer:

Punkt 10.) Neubestellung des Gemeinde-Einigungsamtes nach der o.ö. Haus- und Landarbeitsordnung für das Jahr 1933.

Zl.6831/32 Der Referent verweist darauf, dass wie jedes Jahr, so auch heuer wieder, das Einigungsamt neu zu bestellen sei und stellt folgenden Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschliessen:

Als Mitglieder für das Gemeinde-Einigungsamt Steyr-Stadt werden für das Jahr 1933 folgende Personen bestellt:

A. Für die Dienstgeber:

a) Beisitzer:

1.) Frau Christine Dedic, Kaufmannsgattin, Steyr, Spitalskystrasse 2,
2.) Frau Irene Patek, Oberstleutnantswitwe, Steyr, Spitalskystr.8,
3.) Herr Josef Landerl, Landwirt, Steyr, Steinerstrasse Nr.4.

b) Ersatzmitglieder:

1.) Frau Anna Häuslmayr, Magistratsdirektorsgattin, Prevenhuberg.Nr.4
2.) Frau Antonia Wolf, Regierungsratswi twe, Stelzhammerstrasse Nr.7
3.) Herr Franz Hiessmayr, Landwirt, Steyr, Feldstrasse Nr.1

B. Für die Dienstnehmer:

a) Beisitzer:

1.) Herr Karl Klement, Parteisekretär u.Stadtrat, Steyr, Kircheng.12
2.) Fräulein Anna Teuflmayr, Hausgehilfin, Steyr, Kollergasse 3
3.) Herr Ferdinand Lindner, Landarbeiter, Steyr, Hochstrasse Nr.2

b) Ersatzmitglieder:

1.) Fräulein Klara Holzer, Hausgehilfin, Steyr, Spitalskystr.2
2.) Fräulein Theresia Kerbler, Hausgehilfin, Steyr, Bahnhofstr.Nr.2
3.) Herr Florian Hörtinger, Landarbeiter, Steyr, Steinerstrasse Nr.8

Einstimmig angenommen.

S t a d t r a t.

Referent Bürgermeister Franz Sichlrader:

Punkt 11.) Rechnungsabschluss für das Jahr 1932.

Zl.1770/33 Der Referent gibt bekannt, dass der Rechnungsabschluss für das Jahr 1932 ordnungsmässig aufgelegen ist, dass dies durch Kundmachung veröffentlicht wurde und dass von der Bevölkerung wie alljährlich, so auch heuer, vom Rechte der Einsichtnahme kein Gebrauch gemacht wurde. Er bringt die Niederschrift betreffend den Ueberprüfungsbefund des Rechnungsabschlusses zur Verlesung und führt dann im Wesentlichen folgendes aus:

Wer den Rechnungsabschluss für das Jahr 1932 überprüft, muss zur Ueberzeugung kommen, dass wir im vergangenen Jahre eine Höchstleistung an Ersparungen und Drosselungen vollbracht haben. Bei der Besprechung des Rechnungsabschlusses werde ich mich nur auf jene Kapitel beschränken, die einen besonderen Anlass zur Untersuchung ergeben.

Im Voranschlag waren an Gesamteinnahmen vorgesehen	S	1,486.500.-
denen wirksame Einnahmen von	"	1,790.781.80
gegenüber standen, sodass sich ein Plus von	"	304.281.80

ergibt.

An Ausgaben sah der Voranschlag vor	S	2,444.400.-
tatsächlich aber wurden verausgabt	"	2,338.256.13
also um	"	106.143.87

weniger.

Es gestaltet sich daher die Gebarung um	S	304.281.80
plus	"	106.143.87
	S	410.425.67

günstiger. Dieses Ergebnis ist zum Teil auf Mehreinnahmen, zum Teil auf Minderausgaben, was aus den einzelnen Gebarungsgruppen genau zu ersehen ist, zurückzuführen.

Der präliminierte Gebarungsabgang von	S	957.900.-
reduziert sich demnach auf	"	547.474.33

Die Auswirkung dieses Gebarungsabganges auf die Gemeindefinanzen besteht nun darin, dass die schwebende Schuld der Gemeinde mit

31.Dezember 1932 auf den Betrag von ..... S 671.198.65 angewachsen ist.

Und nun zur kapitelweisen Besprechung des Gebarungsabganges im Vergleiche zum Voranschlage, soweit überhaupt besondere Bemerkungen notwendig sind.

Die Kreditbewegung zeigt folgendes Ergebnis:

	Voranschlag	Erfolg
Einnahmen .....S	-.-	6.937.06
Ausgaben ....."	363.400.-	385.926.96
Abgang ....."	363.400.-	378.989.90

Bei den Ausgaben dieses Kapitels sind Ersparungen durch Erwirkung günstigerer Zahlungsmodalitäten von S 21.188.08 zu verzeichnen, während der Mehraufwand vor allem auf Fürsorgevorschüsse und Mehrleistungen an die Landeshypothekenanstalt zurückzuführen ist; die Mehreinnahmen rekrutieren sich aus rückerstatteten Vorschüssen.

Der Zinsendienst, der im Voranschlag mit einem
Abgang von ..... S 226.772.39
präliminiert war, weist nur einen solchen von " 208.503.36
auf, sodass das Ergebnis günstiger ist um ..... " 18.269.03

Der günstigere Erfolg bei den Einnahmen geht auf das Mehrerträgnis aus Mietzinsen zurück, bei den Ausgaben kommt die Ermässigung des Zinsfusses und die geringere Inanspruchnahme der Kontokorrentkredite überhaupt zur Auswirkung.

Das Kapitel Finanzverwaltung im engeren Sinne zeigt folgendes Ergebnis:

	Voranschlag	Erfolg	gegenüber Voranschlag
Einnahmen ...	S 1,182.800.-	S 1,288.981.56	plus 106.181.56
Ausgaben	" 82.700.-	" 77.383.97	min. 5.316.97
Ueberschuss	S 1,100.100.-	S 1,211.597.97	

Es ist also das Ergebnis um ..... S 111.497.97 günstiger gegenüber dem Voranschlag. Die Steuermehreinnahmen erklären sich vorwiegend aus Nachzahlungen. Es wäre übrigens gefehlt, aus diesen Mehreinnahmen etwa auf eine Besserung der

wirtschaftlichen Lage zu schliessen; wir haben eben die Steuereinnahmen sehr vorsichtig präliminiert.

Bei Kapitel Polizei ist ein Ergebnis um S 85.014.80 günstiger dadurch, dass die vertragsmässigen Verpflichtungen zurückgestellt wurden. Allerdings wächst dadurch die Schuld der Gemeinde.

Auch bei dem Kapitel: Strassen,Gärten, öffentliche Beleuchtung ist das Ergebnis gegenüber dem Voranschlag um S 36.302.94 besser, was auf Drosselung im Strassenetat und das Erträgnis der städtischen Gärtnerei zurückgeht, das sinngemäss zum erstenmal auf dieses Kapitel gebucht wurde.

Das Kapitel Feuerschutz, Rettungswesen ist gegenüber dem Voranschlag um S 8.298.91 ungünstiger, da die Gemeinde den Sparkassenkredit der Feuerwehr von S 8.000.- übernommen hat.

Bei dem Kapitel Wasserversorgung, Marktwesen haben wir S 18.362.34 erspart, was auf die bei den Einnahmen äusserst vorsichtige Präliminierung und auf die personellen Ersparungen zurückzuführen ist.

Das Kapitel Reinigung ist um ein geringes günstiger, da Neuanschlüsse zur Kehrichtabfuhr erfolgten; andererseits haben sich die Auslagen infolge unvorhergesehener Reparaturen am Wagenpark etwas erhöht.

Bei dem Kapitel Gesundheitswesen ist eine Ueberschreitung von S 2.593.39 zu beobachten, die durch den Ankauf eines Infektionstransportautos an die freiwillige Feuerwehr hinreichend begründet ist.

Es ist selbstverständlich, dass das Kapitel Armenpflege eine Ueberschreitung aufweist. Sie beträgt S 38.407.09, wobei natürlich bei diesem Kapitel nur die reinen Armenauslagen enthalten sind.

Das sonstige Fürsorgewesen, beinhaltend die Fürsorge für Kinder und Jugendliche gestaltet sich um S 30.986.78 günstiger, da die erst ab 1932 budgetmässig eingebaute "Winterhilfsaktion" naturgemäss im Voranschlag nicht berücksichtigt war, so ergibt

sich bei diesem Kapitel eine starke Erhöhung sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben. Von den Ausgaben zeigt die Post "produktive Arbeitslosenfürsorge" die grösste Ueberschreitung von S 6.969.50. Auch auf dem Gebiete des Schulwesens musstenleider Ersparungen durchgeführt werden, die den Betrag von S 5.762.84 ausmachen, obwohl das Schulwesen an sich unzureichend dotiert war. Der grösste Teil dieser Ersparungen ist auf die Drosselung des Heizmateriales zurückzuführen, was durch Einführung von Kälteferien ermöglicht wurde.

Beim Bauwesen konnte ein Betrag - auch hier muss ich sagen leider - von S 108.264.26 erspart werden, was nur durch kaum mehr zu verantwortenden Abbau von Angestellten, Arbeitern und Rückstellung selbst der dringendsten Arbeiten möglich war. Im übrigen habe ich ja über dieses traurige Kapitel noch bei jedem Voranschlag eingehend berichtet, sodass jede weitere Erörterung entfällt.

Das Transportwesen weist beim Fuhrwerk ebenfalls eine Ersparung auf, die die Summe von S 6.595.84 ausmacht.

Die Zentralverwaltung ergibt ein günstigeres Ergebnis um S 39.747.81, was seine Erklärung in der Reduzierung des gesamten Personales und Sachaufwandes findet.

Das günstigere Ergebnis beim Kapitel Unternehmungen um S 8.056.39 ist auf die einlaufenden Gelder der "Geste"-Liquidation zurückzuführen.

Was ich eingangs gesagt habe, glaube ich nunmehr mit Ziffern hinreichend bewiesen zu haben. Ich halte es für meine Pflicht, auch bei diesem Anlasse neuerlich darauf hinzuweisen, dass die Zeit kommen wird, wo die seit Jahren geübte Ersparungswut uns noch vor schwierigere Probleme stellen wird als wir sie heute schon vor uns haben.

Ferners gibt der Referent noch bekannt, dass durch den Angestelltenabbau, durch die Gehaltskürzungen und sonstigen Ersparungen das im Vorjahre gestellte Ziel erreicht wurde.

Bezüglich der Vermögensbilanz weist der Vorsitzende auf verschiedene Zeitungsmeldungen hin und bringt zum Ausdruck, dass diese wohl für den Nichteingeweihten günstig erscheinen mag, dass aber bei Fortschreiten der Verschuldung unter Umständen in einigen Jahren der Ausgleich zwischen Aktiva und Passiva erreicht sein wird. Betreffend der im Besitze der Gemeinde befindlichen Aktien wurde entgegen der Gepflogenheit anderer Gemeinden nicht der Nominalwert, sondern, wie in den Vorjahren auch im Jahre 1932 der Kurswert des letzten Dezembertages eingesetzt.
Was die Einnahmerückstände betrifft, so sind diese darauf zurückzuführen, dass die Vorschreibungen, die im Monat Dezember hinaus gehen, bereits aufscheinen, die Einzahlungsmöglichkeit sich aber bis Februar erstreckt. Der normalmässige Steuerrückstand bewegt sich zwischen 15 bis 20.000 S und kann nicht als übermässig hoch bezeichnet werden. Der eingesetzte Realitätenwert wurde mit dem 6000fachen des Friedenswertes festgelegt und dürfte bei einer neuerlichen Schätzung eine kleine Korrektur nach aufwärts erfahren.

Hinsichtlich der Passiven bemerkt der Referent, dass über den fixierten Darlehensschuldenstand per rund S 3,087.000.- weiter nichts zu erwähnen sei, dass jedoch die anderen Posten der Passivseite als bedenklich bezeichnet werden müssten, denn sowohl die administrativen Bardepositen, unter ihnen vor allem die Landesfondsanteile an Lohnabgabe, als auch die unbeglichenen Rechnungsschulden mit Ende 1932 seien eigentlich sofort fällig.

Unter den unbeglichenen Rechnungsschulden, die zusammen rund S 445.100.- ausmachen, befinden sich Rechnungsschulden an Steyrer- und andere Geschäftsleute von höchstens S 85.000.-, was mit Rücksicht auf die kompensierbaren Einnahmerückstände in der gleichen Höhe als durchaus nicht übermässig hoch bezeichnet werden kann. Den Hauptbetrag dieser unbeglichenen Posten machen bereits fällige, aber nicht bezahlte Bankzinsen (Hypothekenanstalt) und die diversen Verpflegskostenrückstände etz. an Bund und Land aus.

Der Referent stellt sodann folgenden Antrag und bittet um dessen Annahme:

1. Die vom Finanzreferenten gelegentlich der Präliminarberatung 1932 angekündigten und im Rechnungsabschluss durchgeführten Kreditübertragungen werden analog dem Vorjahre genehmigt.
2. Der vom Rechnungsamte vorgelegte, von der gemeinderätlichen Ueberprüfungskommission revidierte Rechnungsabschluss 1932, der an wirksamen Einnahmen von ..... S 1,790.781.80
   und wirksamen Ausgaben von ..... " 2,338.256.13
   somit einen Abgang von ..... S 547.474.33
   aufweist, wird genehmigt.
3. Im Besonderen werden die im nachstehenden kapitelweise detaillierten Mehrausgaben (Ueberschreitungen) von S 158.785.98
   und die Mindereinnahmen von ..... " 4.329.60
   zusammen S 163.115.58
   genehmigend zur Kenntnis genommen; sie sind durch Minderausgaben beim Sach- und Personalaufwand und durch Mehreinnahmen gedeckt.

		Mindereinnahmen	Ueberschreitungen
I.	Gemeindebesitz	-.-	254.50
II.	Kreditbewegung	-.-	22.526.98
VII.	Feuerschutz, Rettungswesen, Wasserbau	-.-	8.298.91
IX.	Reinigung	-.-	1.801.23
X.	Gesundheitswesen	-.-	2.793.57
XII.	Armenpflege	-.-	44.439.87
XIII.	Sonstige Fürsorge u. Beratung	-.-	75.792.12
XIV.	Wissen, Kunst	2.780.45	-.-
XVIII.	Zentralverwaltung	1.549.15	-.-
XIX.	Unternehmungen	-.-	2.878.80
	Summe	4.329.60	158.785.98
			4.329.60
		Summe obige	163.115.58

4. Das Vermögensinventar der Stadtkasse wird zur Kenntnis genommen.

Der Vorsitzende Bürgermeister-Stellvertreter Anton Azwanger eröffnet die Generaldebatte.

G.R. Dr.Peyrer-Angermann erklärt, dass er gegen den Voranschlag 1933 gestimmt habe,folglich auch gegen den Antrag über den Rechnungsabschluss stimmen werde.

Stadtrat Rudolf Marktschläger gibt bekannt,dass seine Fraktion für den Antrag stimmen werde,zumal es sich um eine vollzogene Tatsache handelt und erwiesen ist, dass sich der Abschluss wesentlich günstiger gestaltete als anzunehmen war. Er bezieht dies auch zum Teile auf die Mitarbeit seiner Fraktion in den Ausschüssen und im Stadtrate und verweist noch darauf, dass die Ueberprüfung durch den Obersten Rechnungshof die Richtigkeit ergeben wird.

G.R.Johann Egger nimmt namens seiner Fraktion den Rechnungsabschluss nicht zur Kenntnis. Er erblickt in der Gebarung eine Interessenverletzung des Proletariates und einen Vorteil der herrschenden Klasse.

G.R.Hans Steiner anerkennt zwar die gemachten Ersparungen im allgemeinen, spricht sich aber dagegen aus,dass auch unter Verwaltungsgruppe 26 solche zu verzeichnen sind, da doch die Strassenpflege und -Reinigung vieles zu wünschen übrig lässt. Er meint,dass die Ausgaben für die Gärten eher der Strassenpflege zugewendet werden sollen. Bei Verwaltungsgruppe 47 bemängelt er die Ueberschreitungen der Personalkosten und sucht zu beweisen, dass eine ungleichmässige Behandlung in der Verteilung der Unterstützungen und Bekleidungen bestehe. Er behauptet u.a.dass eine gewisse Frau Rosenberger mehr wie andere mit Geld unterstützt werde und dass sie die ihr von der Gemeinde zugekommenen Kleidungsstücke wieder veräusserte, ferners dass der angebliche Schutzbündler Max Porod von der Gemeinde wiederholt Schuhe erhalten hat und damit einen schwunghaften Handel betreibe, dass aber andererseits Altersrentner mit ihrer kargen Unterstützung abgewiesen werden oder nur nach Befürwortung seitens der Frau Bürgermeister Schuhe

erhalten; dass sich ferners Frau Reisetmüller, die sich in der städtischen Armenversorgung befindet, über die Entziehung der Verpflegung beschwerte und dass sich schliesslich auch der dem Heimatblocke angehörige G.R. Rudolf Berger in einem Gasthaus äusserte, dass er durch das Entgegenkommen des Bürgermeister-Stellv.Anton Azwanger Schuhe und auch Unterstützungen erhalten habe. Er wendet sich auch gegen die erfolgte Abtragung eines Gartenhäuschens im Schulgarten der Aichetschule und stellt die Behauptung auf, dass Bürgermeister-Stellv.Azwanger einer fremden Person und zwar Herrn Petersdorfer die Schlüssel des Gartens einhändigte und dass sonach dieser im Garten schalten und walten könne wie es ihm beliebt. Ferners behauptet G.R.Hans Steiner, dass Bgmst.Stellv.Azwanger während der Zeit des beabsichtigten Putsches zum Nachteile der Lehrkräfte dieser Schule durch 8 Tage keinen Schulunterricht vornahm. Er bemängelt auch, dass wiederum neue Schulbücher eingeführt wurden und so der Gemeinde neuerliche Auslagen durch die Beistellung der Armenlernmittel erwachsen. Zu Verwaltungsgruppe 55 stellt Redner die Anfrage, für welche Zwecke der Betrag von S 4.865.80 verausgabt wurde, da doch keine Wahlen stattfanden. Bei Verwaltungsgruppe 56 bemängelt G.R.Hans Steiner die Beschäftigung einiger der Mehrheit nahestehender Angestellter, wie Wimmer und Fremuth. Er bekritelt ferners, dass wohl 14 Strassenarbeiter tabellarisch ausgewiesen erscheinen, aber höchstens 4 auf den Strassen angetroffen werden können. Zu Verwaltungsgruppe 57 stellt G.R.Steiner die Anfrage, wer die Kosten des den Naturfreunden gehörigen Tragtieres trägt. Zu Verw.Gruppe 62 stellt Redner die Anfrage, wieso ein Zuschuss im Betrage von S 2.878.- an die Gemeindeunternehmungen ausgewiesen erscheint. Er wendet sich schliesslich auch dagegen, dass der Verwalter Doppler noch immer beschäftigt ist und andererseits pragmatisierte Angestellte, denen man Pensionen zahlen muss, abgebaut wurden. Zur Vermögensbilanz stellt Redner die Anfrage, wieso es bei den Aktiven möglich sei, dass sich diese Post

gegenüber dem Jahre 1931 erhöhen konnte und wieso speziell der Spitalskyfonds eine Erhöhung erfahren hat und wieso sich die Passiven der städt.Unternehmungen "Geste" ebenfalls gegenüber dem Jahre 1931 erhöht haben.

Bürgermeister-Stellv.Anton Azwanger stellt als Vorsitzender einige Unrichtigkeiten fest und macht darauf aufmerksam, dass niemand ohne Anweisung des Fürsorgereferenten mit Unterstützungen oder Naturalien beteilt werde und daher die Anwürfe des G.R. Steiner zurückzuweisen sind. Im Falle Rosenberger handelt es sich um dessen Lebensgefährtin Friedhuber, eine wirklich arme Person, die tatsächlich infolge ihrer gänzlichen Mittellosigkeit Unterstützungen erhalten hat. Was den Fall Reisetmüller anbelangt, so gibt Bürgermeister-Stellvertreter Azwanger dahin Aufklärung, dass sich diese Frau als Unterständlerin prinzipiell nie an die Hausordnung hielt, immer zu spät zum Essen kam und daher mit dem Entzug dieser Begünstigung bestraft wurde. Bezüglich der Schuhbeteilung an Altersrentner stellt Bürgermeister-Stellv.Azwanger fest, dass laut Beschlusses der Fürsorgeräteversammlung an Altersrentner keine Schuhe abzugeben sind. Was die Anwürfe wegen des Gartens der Aichetschule anbelangt, stellt Bgmst.Stellv.Azwanger fest, dass die Gartenbenützung einen Teil seines Einkommens als Oberlehrer darstellt und dass er sich sein Rehht in dieser Beziehung von niemandem beschneiden lässt. Was das Abtragen der Hütte anbelangt, so war dies wegen Einsturzgefahr erforderlich.

G.R.Rudolf Berger verwahrt sich gegen den Vorwurf des G.R.Steiner und bringt zum Ausdruck, dass er als Arbeitsloser das gleiche Recht auf Fürsorgeleistungen hat, wie jeder andere Arbeitslose. Bezüglich der Schuhe bemerkt Redner, dass diese nicht von der Gemeinde Steyr gegeben wurden, sondern von seiner Heimatsgemeinde stammen und dass er keine Geldunterstützung, sondern nur einen Vorschuss, den er aber inzwischen bereits rückerstattet hat, vom Fürsorgeamte Steyr erhielt.

Bürgermeister-Stellv.Anton Azwanger stellt fest, dass

es eine würdelose Debatte sei, einem Arbeitslosen Unterstützungen vorzuwerfen.

Bürgermeister Franz Sichlrader wendet sich im allgemeinen gegen die Vorgangsweise des G.R.Steiner, wobei er insbesondere die Angestellten gegen die Anwürfe in Schutz nimmt. Er macht auch den G.R.Steiner darauf aufmerksam, dass es die Parteigenossen Steiners sind, die sich fortwährend mit der Verunreinigung der Strassen durch Wegwerfen von papierenen Hakenkreuzen hervortun. Er stellt ferners fest, dass der arbeitslose Porod wegen seines körperlichen Zustandes nie dem Schutzbunde angehört haben kann und dass dieser nicht nach Steyr zuständig sei und die fraglichen Schuhe vom Bezirksfürsorgerate Geras erhalten haben dürfte. Bürgermeister Sichlrader weist auch den Vorwurf der Parteimässigkeit in der Schuh- und Unterstützungsbeteiligung zurück und verweist darauf, dass sich jede Partei bei glaublichem Nachteil im Rekurswege an den Gemeinderat wenden kann. Bezüglich der Befürwortung durch seine Frau bemerkt Bürgermeister Sichlrader, dass ihm ein konkreter Fall wohl nicht bekannt sei, dass aber seine Frau als Fürsorgerätin nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht habe, sich für wirklich Arme einzusetzen, welcher Umstand schliesslich keine Schlechtigkeit sei und nicht zum Vorwurfe gereichen kann.

Wegen der wiederholten Aenderung der Schulbücher verweist Bürgermeister Sichlrader darauf, dass dies nicht in der Kompetenz der Gemeinde liege, er macht jedcoh G.R.Steiner auf die noch weit grösseren Aenderungen in Deutschland durch die Gesinnungsgenossen Steiners aufmerksam. Zu der vorgenommenen Abtragung des baufälligen Häuschens im Garten der Aichetschule bemerkt Redner, dass gerade Steiner wieder der Entrüstete sein würde, wenn durch die Baufälligkeit einem Schulkinde etwas geschehen würde. Im Uebrigen sei die Argumentation des G.R.Steiner in jeder Weise unsachlich und es wäre zwecklos, weiter des Näheren darauf einzugehen.

In Beantwortung der weiteren vom G.R.Hans Steiner gestellten Fragen gibt Bürgermeister Sichlrader noch kurz dahin Aufklärung, dass bei Verwaltungsgruppe 55 das Gehalt eines Angestellten aufscheint. Zu Verw.Gr.56 bemerkt er, dass dieses schon wiederholt behandelt wurde und stellt dabei fest, dass bezüglich der Beamten keine Parteimässigkeit bestehe. Zu Verw.Gr.57 erklärt Bürgermeister Sichlrader, dass durch die Fütterung des Pferdes der Naturfreunde der Gemeinde kein Schaden erwachsen ist, weil das Pferd zu Arbeiten herangezogen wurde, ferners dass bei Geb.Gr. 62 beschlussmässig die Körperschaftssteuer für die "Geste" für das Jahr 1931 beausgabt aufscheint. Was die Erhöhung der Aktiven in der Vermögensbilanz betrifft, so ist dies hauptsächlich auf die Regelung der gewesenen Kronprinz Rudolf-Bahn-Aktien (Umtauschschuldverschreibungen) und die Erhöhung der Passiven der "Geste" hauptsächlich auf das Einstellen der Körperschaftssteuer unter den transitorischen Passiven zurückzuführen.

Zum Schlusse macht Bürgermeister Sichlrader darauf aufmerksam, dass es doch nicht unumgänglich notwendig sei, aus dem Grunde gegen den Rechnungsabschluss zu stimmen, weil man nicht für den Voranschlag gestimmt habe.

Der Vorsitzende Bürgermeister-Stellv.Anton Azwanger stellt fest, dass somit auch die Spezialdebatte abgeführt erscheint und nun zur Abstimmung geschritten werden kann.

Der Referentenantrag wird sodann gegen fünf Stimmen angenommen.

Hinsichtlich des Budget-Provisoriums bemerkt Bürgermeister Sichlrader, dass auf Grund des im Gemeinderate aufliegenden Ausweises überdas I.Quartal 1933 über die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben Folgendes gesagt werden kann:

Die mit 31.März 1933 abgeschlossene Rechnung der Stadtkasse pro I.Viertel 1933 ergibt an Ausgaben ..... S 558.079.18

an Einnahmen ..... " 443.502.66

somit einen Gebarungsabgang per 31.III.1933 (für das reine Verwaltungsjahr 1933) von ..... S 114.576.52

gegenüber dem Abgang des Budgetprovisoriums pro I.Quartal 1933 von ..... " 160.968.-

ein günstigeres Resultat von S 46.391.48

Es sind an Gesamtausgabevorschreibungen im I.Quartal ..... S 558.o79.18
zu verzeichnen, was gegenüber dem Erfornis im Budgeterfordernis von ..... " 519.073.-

eine Ueberschreitung von" 39.006.18

ergibt. (Diese Ueberschreitung ist im Mehraufwand für die Winterhilfe - die auch entsprechend mehr Einnahmen ergeben hat - und in einer Reihe kleinerer Mehrausgaben im Sacherfordernis begründet.)

An Bedeckung war im Budgetprovisorium ein Betrag von ..... S 358.105.-
vorgesehen. Da jedoch an Einnahmen ... " 443.502.66
zu verzeichnen sind, ergibt sich hier ein günstigeres Resultat von ..... S 85.397.66

Der Abgang mit Quartalsschluss ist somit um (obigen) Betrag von ..... S 46.391.48
günstiger.

Das günstigere Ergebnis bei den Einnahmen ist auf folgendes zurückzuführen: Mehreinnahmen bei der Winterhilfe (rund S 29.000.-), Mehreinnahme bei Lohnabgabe (+ 10.000.-), Mehreingang bei Abgabenertragsanteilen (+ 19.000.-), Mehreingang bei Mietzinsen, Herbergsbeiträgen, Wasser-, Vieh- u.Fleischbeschau-, Marktgebühren und sonstigen Bedeckungsposten, zusammen + S 27.400.-.

Wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 12.) Voranschlag für das Jahr 1933.

Zl.926/33 Der Referent gibt bekannt, dass der Voranschlag für das Jahr 1933 zufolge Kundmachung ordnungsgemäss zur allgemeinen Einsicht aufgelegen ist, dass jedoch während der Auflagefrist weder in den Voranschlag Einsicht genommen noch Erinnerungen oder Einwendungen dagegen erhoben wurden. Er führt dann folgendes aus:

Da wir am 30.Dezember 1932 ein Budgetprovisorium beschlossen haben und ich damals einen genauen Bericht über die Finanzlage der Stadt gebracht habe, kann ich mich zum definitiven Voranschlag 1933 wohl sehr kurz fassen. Aus dem Bericht über den Rechnungsabschluss 1932 ist ohnehin hervorgegangen, dass wir die seinerzeit beschlossenen Sparmassnahmen konsequent festgesetzt haben und trotzdem ist es natürlich nicht gelungen, den Haushalt in Ordnung zu bringen, es konnte nicht gelingen aus Gründen, über die zu sprechen in diesem Saale wirklich nicht mehr nötig ist.

Bevor ich auf die Besprechung des Voranschlages des näheren eingehe, muss ich vorausschicken, dass wir heuer im Gegensatz zu dem vergangenen Jahre die Zahlungsrückstände nicht mehr in den Voranschlag eingebaut haben. Würden wir die Zahlungsrückstände

bei unserem Erfordernis von	S	2,063.400.-
mit dem Stichtag vom 31.Dezember 1932 in der Höhe von	"	617.600.-
einbauen, so ergäbe sich ein Gesamterfordernis von	"	2,681.000.-
d.h.also bei einer Bedeckung von	"	1,460.300.-
ein Gesamtgeldbedarf (Abgang) von	"	1,220.700.-
der sich bei Rückstellung der Zahlungsrückstände auf	S	603.100.-

reduziert.

Im allgemeinen ist zum Voranschlag zu sagen:

Auch der Voranschlag 1933 zeugt naturgemäss mit erschütternder Deutlichkeit den Zusammenbruch des Wirtschaftslebens in Steyr. Die ohnehin schon so ungeheuer zurückgegangene Bedeckung wird sich vermutlich um weitere ..... S 94.000.-

verschlechtern.

Das Erfordernis erfährt gegenüber 1932 eine weitere Drosselung von	S	198.153.-
wovon	"	155.835.-
auf den Personalaufwand und	"	42.315.-

auf den Sachaufwand zurückzuführen sind.

Die Schulden, die nicht sofort fällig sind,

betragen ..... S 3,087.483.59

An Zinsen und Tilgungen werden aufzuwenden sein S 310.800.-
Der Aufwand für die Fürsorge weist eine Steigerung v. " 148.750.-
das heisst 31 % auf. Der Personalaufwand hat eine
Senkung, wie bereits erwähnt, um ..... " 155.835.-
erfahren, bei den Ausgaben für die Arbeiter ist ein
Rückgang von ..... " 63.058.-
zu verzeichnen. Der Pensionsetat hat sich um ..... " 7.095.-
verringert. Die Ausgaben für die aktiven Beamten und Pensionisten betragen 29 % des Gesamterfordernisses; in der kommunalen Praxis gilt 33 % als der Normalsatz.

Der Voranschlag enthält diesmal eine Zusammenstellung aller jener Erfordernisse auf allen Gebieten der kommunalen Verwaltung, die notwendig oder wünschenswert wären, die aber immer wieder mangels der entsprechenden Mittel zurückgestellt werden und natürlich auch heuer zurückgestellt sind.

Würden wir diesen Erfordernissen Rechnung tragen, die noch lange keinem Luxusbedürfnis dienen, so würde sich das Erfordernis auf S 12,869.020.- erstellen, wobei jedoch in dieser Ziffer noch nicht die Herstellung einer einheitlichen Entwässerungsanlage (3 - 5 Millionen Schilling) inbegriffen ist. Ich habe absichtlich diese Zusammenstellung veranlasst, um so zu sagen den aktenmässigen Beweis für alle Zukunft zu erbringen, dass wir ganz genau wissen, was not wäre, dass aber auch diese notwendigen Arbeiten unterbleiben müssen. Es handelt sich also um einen formalen Schutz gegen Vorwürfe in der Zukunft.

Und nun in aller Kürze zu den einzelnen Kapiteln.

Die Kreditbewegung ist auf der Erfordernisseite um S 18.060.- günstiger als im Vorjahre, was vor allem auf die Erwirkung günstigerer Zahlungsmodalitäten zurückzuführen ist.

Der Zinsendienst ist auf der Bedeckungsseite um S 12.800.- günstiger, was aus dem höheren Ertrag der Wohnungszinse und der Erhöhung der Schulgelder des Bundesrealgymnasiums zu erklären ist.

Die Finanzverwaltung im engeren Sinne sieht Mindersteuereingänge von S 167.823.- vor. Eine einzige Ziffer soll hier die Lage in Steyr illustrieren. Mit der Nettolohnabgabe des Jahres 1929, die S 753.400.- ausmachte und die für 1933 mit S 210.000.- präliminiert ist, hätte der Fürsorgeaufwand zweieinhalbmal gedeckt werden können, während die Deckung für das Jahr 1933 nur ein Drittel beträgt. Ich glaube, diese Ziffer sagt mehr als viele Worte.

Es ist selbstverständlich, dass wir für das Jahr 1933 einen Teil der Ausgaben für die Polizei streichen mussten, sodass diese Kapitel auf der Erfordernisseite um S 78.800.- geringer dotiert erscheint.

Bei dem Kapitel Strassen ist der Betrag für den Ankauf eines Hauses eingesetzt, das zu Regulierungszwecken dringend notwendig ist.

Das günstigere Ergebnis bei dem Kapitel Bauwesen im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich vor allem aus Ersparungen im Personaletat.

Ebenso ist das um S 50.500.- geringere Erfordernis bei der Zentralverwaltung zu erklären.

Das ist das wesentliche, was ich im allgemeinen zum Voranschlag zu sagen habe. Ich bin diesesmal von meiner Gepflogenheit, eine umfangreiche Darstellung zu geben, absichtlich abgewichen, denn schliesslich lässt sich das Defizit nicht mit Worten aus der Welt schaffen, sondern nur mit Taten. Unsere Appelle sind bisher trotz der ungeheuersten Anstrengungen vergeblich gewesen. Wer unseren Ziffern, die ja auch der Rechnungshof als einwandfrei bezeichnet hat, keinen Glauben schenkt, den können wir schliesslich auch nicht mit Berichten überzeugen. Zu welchen Folgen die Lage in dieser Stadt noch führen wird, das vermag wohl niemand zu sagen. Eeines sei zum Schlusse wieder festgestellt:
an ernsten Warnungen haben wir es wahrhaftig nicht fehlen lassen.

Ich bitte nun meine Frauen und Herren folgendem Antrag zuzustimmen:

Der Gemeinderat beschliesse zur teilweisen Herabsetzung des Erfordernisses bezw. wegen mildernder Wirkung des Abganges:

1. Weitere und noch stärkere Drosselung des gesamten Gemeindebetriebes, die sich natürlich nicht nur auf das Gebiet der kommunalen Technik, sondern auch auf das Gebiet der Schule, der Gesundheit und den sonstigen Aufwand in verhängnisvoller Weise auswirken muss.
2. Erwirkung günstigerer Zahlungsmöglichkeiten für die öffentlichen Schulden.
3. Konvertierung bestehender Kontokorrentkredite, Verwandlung in sehr langfristige, möglichst gering verzinsliche Darlehen.
4. Verwandlung sonstiger schwebender Schulden in Darlehen; mit der endgiltigen Regelung wird der Stadtrat betraut.
5. Aufnahme neuer Kontokorrentkredite bis zum Höchstausmass gemäss § 21 G.St. (im eigenen Wirkungskreis).
6. Erwirkung aller für notleidende Gemeinden in der Finanzgesetzgebung vorgesehenen Sonderbehandlungen.

Der Referent bemerkt noch dazu, dass im Voranschlag die bereits durch den Landtag beschlossene Fahrrad- und Bodawassersteuer nicht inbegriffen sei, dass aber auch diese Abgaben keine wesentliche Aenderung ergeben werden.

Der Vorsitzende stellt nun den Bericht zu Debatte.

G.R. Anton Weindl erklärt namens seiner Fraktion für den Voranschlag zu stimmen, dass dies jedoch kein Vertrauensvotum sei, sondern nur die sachliche Mitarbeit der Christlichsozialen bekundet. Er bezeichnet den Voranschlag als einen solchen der Not und bemerkt hiezu, dass die Gemeinde besser dastehen würde, wenn auch in den früheren Jahren so wie jetzt gewirtschaftet worden wäre.

G.R. Dr. Peyrer-Angermann bezeichnet den Hinweis auf den Obersten Rechnungshof als eine Art Schrei nach einem Alibi und kritisiert die bisherige Tätigkeit der Gemeinderatsmehrheit, sowie auch das ablehnende Verhalten der Sozialdemokraten gegenüber

den Voranschlägen bürgerlicher Körperschaften. Er erklärt gegen den Voranschlag aus rein prinzipiellen Gründen zu stimmen, um nicht wieder in die alten Sünden zurückzufallen, wo man auf die Referentenberichte viel zu viel gehalten hat und es sich nachträglich immer anders herausstellte. Er meint, dass die Christlichsozialen nur als Revanche für den Voranschlag stimmen, da umgekehrt die Sozialdemokraten im Landtag für den Voranschlag der Christlichsozialen ihre Stimme gaben. Er kommt schliesslich auf die Waffensuche im Rathaus zu sprechen und gibt sein Erstaunen über die Entrüstung der Sozialdemokraten zum Ausdruck, wobei er auf eine durch den Soldatenrat nach dem Umsturze in seinem Hause geführte Waffensuche hinweist.

G.R.Julius Steinkellner erklärt, dass seine Fraktion aus rein wirtschaftlichen Gründen nicht für den Voranschlag stimmen werde, weil sie auch nicht die Mitverantwortung übernehmen könne. Er befasst sich hauptsächlich mit dem Schuldenproblem der Stadt und bemerkt, dass die Verschuldung schon 72 % der Aktiven betrage. Dass die Ziffern des Voranschlages richtig sind, bezweifelt er nicht, denn dafür bürgt ihm die einwandfreie Beamtenschaft. Nach seiner Ansicht müsste der Gemeinderat aus diesem Voranschlag die Konsequenzen ziehen und erklären, dass es so nicht mehr weiter gehe.

G.R. Johann Egger lehnt den Voranschlag ab, wobei er insbesondere die Auslagen für die Polizei kritisiert und kommt dann auf die Waffensuche sowie auf die Notverordnungen der Regierung zu sprechen. Er wird aber vom Vorsitzenden aufmerksam gemacht, zur Sache zu sprechen und da er dieser Aufforderung nicht entsprechen wollte, wird ihm das Wort entzogen. Er verlässt hierauf den Sitzungssaal.

Stadtrat Rudolf Marktschläger nimmt zu den Vorwürfen des G.R.Dr.Peyrer-Angermann Stellung und bezeichnet die Ausführungen dieses Gemeinderates als der Zeitstimmung entsprechend und zum Fenster hinausreden. Er stellt fest, dass es

seine Fraktion prinzipiell ablehne, die Fehler des Gegners selber zu begehen. Er führt weiters aus, dass den bürgerlichen Parteien damit nichts genützt wäre gegen den Voranschlag zu stimmen. Er bezeichnet die Absicht des G.R.Dr.Peyrer-Angermann als sehr durchsichtig, man versuche damit die Christlichsozialen zu Anhängern der Marxisten zu machen. In Steyr aber, so fährt Redner fort, brauchen wir nur sachliche Arbeit und das ist es, was die Bevölkerung über die Not hinweghelfen kann, keine grosse Politik, sondern nur einfache Haushaltspflege.

G.R. Josef Kirchberger erklärt namens der Mehrheitsfraktion, dass diese für den Voranschlag stimmen werde.

Bürgermeister Franz Sichlrader bringt in seiner Schlussausführung im wesentlichen folgendes vor: Es wurde darüber gesprochen, dass sich die Fehler der vergangenen Jahre jetzt auswirken. Es wurde aber auch zugegeben, dass die bürgerlichen Gemeinderäte den Anträgen der Sozialdemokraten zustimmten; wohl meint G.R. Dr.Payrer-Angermann, dass man nur im Glauben der Richtigkeit der Referentenberichte mitstimmte. Dem ist gegenüber zu halten, dass im Zeitpunkte der Beschlussfassung nicht vorausgeahnt werden konnte, dass sich die Zeiten derart verschlechtern und damit die gestellten Anträge zu nichte machen. Es muss aber hiebei auch festgestellt werden, dass die Fehler nicht allein der Mehrheit zuzuschreiben sind, sondern dass der Misserfolg in der Zeit gelegen war. Inflation und Wirtschaftskrise waren die schuldigen Hauptfaktoren. Was die Vergleiche mit früheren Jahren anbelangt, so muss gesagt werden, dass es darnach bei dem günstigeren Steuersystem wesentlich leichter war, einen Voranschlag zu erstellen. Wenn Dr.Peyrer-Angermann meint, dass die Sozialdemokraten früher den grossen Mann gespielt haben und dass dies jetzt auf einmal anders sei, so muss erwidert werden, dass sich eben die Sozialdemokraten den neuen Zeitverhältnissen anpassen, aber mit leeren Händen ist es schwer einen Voranschlag zu machen. Es muss auch zugegeben werden, dass die gemachten Fehler

nicht spurlos an uns vorübergegangen sind. Was geschehen ist, istveine Belastung und wurde auch immer zugegeben, es wäre auch zu wünschen, dass die Industriegründungen nie geschehen wären. Was die Interpellation wegen der Waffensuche im Rathaus anbelangt, so soll der Protest dahin gehen, dass es nicht angehe, diese Praxis einreissen zu lassen.

Im Gegensatz zu den Ausführungen des G.R.Dr.Peyrer-Angermann steht die Erklärung des Redners des Heimatblockes, diese Fraktion stimmt aus rein wirtschaftlichen Gründen gegen den Voranschlag, was bei den gegenwärtigen Verhältnissen und bei der Einstellung des Heimatblockes zu erwarten war. Auch ich gebe zu, dass der Konkurs kommen wird, wenn sich die Zeiten nicht bald bessern. Zusammenfassend erklärt Bürgermeister Sichlrader, wenn einer der Herrn Vorschläge machen würde, um den Abgang zu decken, so würde er sicherlich auf jeden guten Vorschlag eingehen, dies sei aber nicht möglich. Was das Verhältnis der Sozialdemokraten zu den Christlichsozialen anbelangt, so stehen diese Parteien politisch im grossen Gegensatz und wenn schon die Christlichsozialen für den Voranschlag stimmen, so darum, weil sie auch eine bestimmte Mitarbeit im Stadtrate haben.

Sodann wird in die Spezialdebatte eingegangen.

Die Kapitel I bis V des Hauptvoranschlages für das Jahr 1933 werden ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Kapitel VI: Bürgermeister Sichlrader führt dazu aus, dass bei einem Erfordernis von S 81.700.- keine besonderen Dinge enthalten sein können.

G.R. Josef Hamberger wendet sich gegen die zu niedrige Dotierung dieses Kapitels, wobei er von der Voraussetzung ausgeht, dass Steyr sich einen neuen Zweig an Erwerbsmöglichkeiten sichern muss und das kann nur der Fremdenverkehr sein. Eine Voraussetzung für einen guten Fremdenverkehr seien gute Strassen. Die Strassen der Stadt, besonders aber die Sierningerstrasse,

lassen viel zu wünschen übrig. Er verlangt hiezu auch das Eingreifen der Landesregierung.

Bürgermeister Sichlrader gibt dahin Aufklärung, dass im vorgesehenen Betrag lediglich nur die Materialkosten, also nicht auch die Löhne der Arbeiter, inbegriffen seien. Um die beausgabten Löhne wird sich daher dieses Kapitel erst beim Rechnungsabschluss erhöhen. Er weist ferners noch auf die Verhandlungen und die Schwierigkeiten hin, die sich bei Ueberführung der Sierningerstrasse in eine Interessengemeinschaft mit dem Bunde ergeben haben. Er kommt auch auf die Zusagen, die Landesrat Kern ihm und dem Bürgermeister-Stellv.Knabl gemacht hat zu sprechen und erklärt schliesslich, dass alles unternommen werden wird, um den berechtigten Wünschen zu entsprechen.

Die Kapitel VII u.VIII werden debattelos zur Kenntnis genommen.

Kapitel IX: G.R. Josef Hamberger findet den Betrag von S 2.500.- für zu wenig, um die Strassen ordnungsgemäss reinigen zu können. Bürgermeister Sichlrader gibt dahin Aufklärung, dass in diesem Kapitel nur der Aufwand für die Kehrichtabfuhr aufscheint.

Zu Kapitel X gibt Bürgermeister Sichlrader bekannt, dass darin die Kosten für die Heilstättenaufenthalte inbegriffen sind.

Kapitel XI: Zu diesem Kapitel stellt G.R.Hamberger fest, dass Steyr grossen Bedarf an Wohnungen hätte. Er verweist auf das Barackenelend und gibt die Anregung, aus der Wohnbauförderung des Bundes dazu Mitteln zu beanspruchen. Bürgermeister Sichlrader bemerkt dazu, dass es richtig sei, dass Steyr eine grosse Wohnungsnot aufweist, dass auch auf diesen Umstand Bedacht genommen wurde, geht aus den im Anhange, Geb.Gruppe 45 vorgesehenen Aufzeichnungen hervor. Bezüglich der Inanspruchnahme der Wohnbauhilfe gibt Bürgermeister Sichlrader dahin Aufklärung, dass sich die Gemeinde schon wiederholt mit diesem Problem beschäftigte, dass aber die Gemeinde einen grösseren Betrag erlegen müsste und dann erst einen Anspruch erheben könnte, was natürlich im gegenwärtigen Zeitpunkte ausgeschlossen erscheint.

Die Kapitel XII - XIV werden debattelos zur Kenntnis genommen. Zu Kapitel XV teilt Bürgermeister Sichlrader mit, dass darin für eventuell zu erwartende Nationalratswahlen vorges orgt sei.

Die Kapitel XVII und XVIII werden debattelos zur Kenntnis genommen. Zu Kapitel XIX teilt Bgmst.Sichlrader mit, dass darin der Erfolg der städtischen Unternehmungen "Geste" aufscheint.

Das Kapitel XX wird wieder debattelos zur Kenntnis genommen.

Hierauf erfolgt die Abstimmung über den Referentenantrag welcher gegen vier Stimmen angenommen wird.

Bürgermeister Sichlrader stellt zum Schlusse noch fest, dass es eine besondere Leistung des Rechnungsbüros darstelle, den Rechnungsabschluss und den Voranschlag in einer so schwierigen Zeit herzustellen und spricht den Angestellten den Dank aus. Besonders aber stellt er das aufopfernde Wirken des Oberrechnungsrates Franz Liska anerkennend fest und spricht ihm im besonderen seinen herzlichsten Dank aus.

Bürgermeister Franz Sichlrader übernimmt wieder den Vorsitz und bringt den Dringlichkeitsantrag des Stadtrates Dressl und Genossen zur Verlesung:

"Steyr, am 29.April 1933.

Seit 4.März 1933 ist in Oesterreich ein ex lex Zustand eingetreten, die oberste gesetzgebende Körperschaft ist von der verfassungsmässigen Tätigkeit ausgeschaltet, sogenannte Notverordnungen, gestützt auf eine kaiserliche Verordnung der Kriegszeit, sind an Stelle der Gesetze getreten, ja sie ändern bestehende Gesetze und sogar verfassungsrechtliche Bestimmungen, die bereits in der 67er Verfassung verankert sind. Wohlerworbene Rechte auf allen Gebieten werden kurzerhand beseitigt, harte und unsoziale Massnahmen gefährden das Heer der Arbeitslosen, eine noch nie dagewesene Rechtsunsicherheit hat Platz gegriffen. Die Kompetenzen der Polizeibehörden werden gegen alle bestehenden Gesetze und gegen die Grundsätze eines Rechtsstaates erweitert, ja mit Vollmachten ausgestattet,

die in jedem Rechtsstaate den ordentlichen Gerichten vorbehalten sind. Der weitaus grösste Teil der Bevölkerung unserer Republik sieht dieser Entwicklung mit ernster Besorgnis entgegen, nicht nur in politischer, sondern vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, denn es ist ganz klar, dass der wirtschaftliche Aufbau Oesterreichs niemals in einer Atmosphäre, wie sie gegenwärtig herrscht, vollzogen werden kann.

Aus diesen Erwägungen heraus stellen die Gefertigten folgenden D r i n g l i c h k e i t s a n t r a g:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr erhebt feierlich Protest gegen die Ausschaltung des Parlamentes, gegen die bedenkliche Praxis der Notverordnungen, die auch nach dem Urteil der hervorragendsten Verfassungsjuristen des Landes verfassungswidrig erscheinen.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr ist der festen Ueberzeugung, dass die nunmehr beschrittenen Wege zu einem Abgrund führen und über dieses an sich unglückliche Land ein kaum mehr gutzumachendes Elend verhängen werden.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr erhebt feierlichen Protest gegen die Behandlung eines Teiles der Bevölkerung, der stets auf dem Boden der Verfassung stehend, in der letzten Zeit sozusagen ausserhalb des Gesetzes gestellt worden ist.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr erhebt daher seine warnende Stimme und verweist im besonderen auf die Not in der Stadt Steyr, deren Schicksal unter solchen Umständen endgiltig besiegelt erscheint.

Der Herr Bürgermeister wird aufgefordert, diesen Dringlichkeitsantrag dem Herrn Bundespräsidenten als dem Staatsoberhaupte zur Kenntnis zu bringen und ihn zu bitten, mit allen Mitteln darnach zu trachten, dass in Oesterreich wieder verfassungsmässige Zustände eintreten."

Bürgermeister Sichlrader bemerkt noch dazu, dass der Dringlichkeitsantrag mit der nötigen Anzahl von Unterschriften versehen ist und sich der Gemeinderat darüber schlüssig werden wolle, ob die Dringlichkeit zuzuerkennen sei.

G.R. Josef Kirchberger beantragt, unter den derzeitigen Verhältnissen, die sich noch verschlechtern dürften, dem Antrage die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Stadtrat Rudolf Marktschläger spricht sich gegen die Zuerkennung der Dringlichkeit aus.

Dem Antrag wird dann mit Mehrheit die Dringlichkeit zuerkannt.

Stadtrat August Dressl begründet in eingehender Weise den Antrag, wobei er besonders die wirtschaftlichen Nachteile, die sich durch die erlassenen Notverordnungen für die Stadt Steyr ergeben, aufzeigt. Er behandelt das Arbeitslosenproblem dieser Stadt, das er als Katastrophe bezeichnet und weist darauf hin, dass die meisten Arbeitslosen dieser Stadt nicht in der Lage sind, seit dem Jahre 1929 eine versicherungspflichtige Beschäftigung nachzuweisen und daher zum grössten Teil schon im Bezuge der gekürzten Notstandsunterstützung stehen. Im Herbst des Vorjahres, so setzt Redner ungefähr seine Begründung fort, bestand noch die Möglichkeit, den Plänen der Regierung entgegenzutreten und so konnte das Allerärgste für die Arbeitslosen abgewendet werden. Infolge des damals noch möglichen Einspruchsrechtes konnten Unterstützungskürzungen für die in Steyr und in anderen Elendsgebieten befindlichen Arbeitslosen abgewehrt werden. In der Zwischenzeit wurde das Parlament und damit jede Einspruchsmöglichkeit ausgeschaltet. Die Folgen sind nun schon eingetreten. Es ist daher notwendig, dass auch der Gemeinderat dieser Stadt seine warnende Stimme erhebe. Die durch die Notverordnung erfolgten Kürzungen der Unterstützungsersätze haben schon einen derartigen Tiefstand erreicht, dass sie als menschenunwürdig zu bezeichnen sind. Wenn man noch vor einiger Zeit

dagegen protestierte, dass verschiedene Zeitungen über die grosse Not der Bevölkerung von Steyr Nachrichten brachten und man diese als übertrieben bezeichnete, so kann ich sagen, dass es jetzt keine Presse mehr geben wird, die in der Lage wäre, das wirklich jetzt eingetretene Elend nur annähernd richtig wiederzugeben. Tausende von Menschen sind dem Verhungern preisgegeben, ungeheuer Schaden wurde damit der Stadt und der Geschäftswelt zugefügt. Es ist daher nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch der Geschäftswelt gelegen, dieser Praxis ein Ende zu bereiten und die Verpflichtung eines jeden einzelnen ist es mitzuhelfen, diesen unhaltbaren Zustand wieder zu beseitigen. Trotz einstimmigen Beschlusses des Bundesrates, keine weiteren Verschlechterungen in der Arbeitslosenfürsorge zuzulassen, sind diese verheerenden Verfügungen der Regierung im Verordnungswege erlassen worden. Eine besondere Härte ist auch die Verschlechterung der bisherigen kleinen Begünstigung, die nach einer 20wöchigen Beschäftigung durch 30 Wochen hindurch die volle Arbeitslosenunterstützung sicherte; nur eine siebenjährige Beschäftigung innerhalb der letzten 10 Jahre hält diese Begünstigung noch aufrecht. Es wird daher im Stadtgebiete Steyr keine oder nur wenige geben, die dieser Begünstigung noch teilhaftig werden können. Trotz eingehender Warnungen hat die Regierung diese Massnahmen, die dazu angetan sind, die ganze Fürsorgetätigkeit der Gemeinde über den Haufen zu werfen, getroffen. Es ist aber nicht bloss bei der Verschlechterung der Arbeitslosenfürsorge geblieben, auch die Gehälter der Eisenbahner hat man durch eine Notverordnung ausserordentlich gekürzt, die Urlaubsbestimmungen hat man zu Ungunsten dieser Angestellten abgeändert; in die Rechte der Versicherungsangestellten hat man durch eine Notverordnung eingegriffen. Zur Begründung führte man aus, dass man den Kassen eine entsprechende Entlastung bringen muss, was sich natürlich auch unrichtig erweist. Die Gehälter eines grossen Teiles der Angestellten hat man dadurch unter das Niveau der

Bundesangestellten gebracht. Auch diese Verfügungen wirken sich für die Stadt Steyr und deren Geschäftswelt ganz empfindlich aus und die Wirkungen werden sich bald zeigen. Man hat schliesslich auch ein Streikverbot im Verordnungswege erlassen. Es sollte politische Streike hintanhalten; wer wird aber das untersuchen, ob es gegebenenfalls sich um einen solchen handelt. Dieses Streikverbot bezieht sich in der Hauptsache auf lebenswichtige Betriebe. Ein Erfolg ist schon zu verzeichnen, die Bäckergenossenschaft hat den Kollektivvertrag gekündigt, die Abwehrmassnahmen hat man aber den Arbeitern genommen und die Folge wird ein allgemeiner Lohnabbau sein, was sich wiederum in der Gesamtwirtschaft des Staates auswirken wird. Gerade in Steyr ist der Kaufmann auf den Arbeiter angewiesen und wird unter der verringerten Kaufkraft schwer zu leiden haben. Redner schliesst seine Ausführungen damit, dass es nun höchste Zeit sei, dass das Parlament wieder zusammentrete, um wieder geordnete Verhältnisse im Staate zu erreichen. Er bittet schliesslich, dem Antrag, der aus rein wirtschaftlichen Erwägungen erfolgte, zuzustimmen.

G.R.Dr.Peyrer-Angermann bemerkt, dass ihm die Aeusserungen des Vorredners im grossen und ganzen sympathisch waren. Er bemängelt aber das Verhalten der Sozialdemokraten im Nationalrat, das nach seinem Empfinden an dem gegenwärtigen Zustand die Schuld trägt und vertritt schliesslich die Ansicht, dass es sich im vorliegenden Falle doch nur um einen rein politischen für Propagandazwecke bestimmten Antrag handelt, der mit der Wirtschaft nichts zu tun habe.

G.R. Dr.Leopold Breitler betont, dass seine Fraktion schon wiederholt bewiesen habe, dass sie in wirtschaftlichen Fragen zur Mehrheit halte. Er bezeichnet den gestellten Antrag als demagogisch und findet es als interessant und lustig, dass gerade G.R.Steiner entgegen seiner sonstigen Gepflogenheit mit den Sozialdemokraten stimme. Er stellt ferners fest, dass das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz noch zu Recht bestehe und daher

der Regierung wegen des Anwendens desselben kein Vorwurf gemacht werden kann. Er nimmt zum Industriehallenumbau und zu den Waffenanschaffungen der Sozialdemokraten Stellung und meint, dass es besser gewesen wäre, diese Auslagen zur Linderung der Not der Armen zu verwenden und betont schliesslich, dass seine Fraktion unter gar keinen Umständen in dieser Sache mithalten werde, ja sie begrüsst sogar die Massnahmen der Regierung und sie auch überzeugt, dass dadurch Ordnung geschaffen aber niemand verhungern werde. Wir werden, so führt Redner noch weiter aus, die Regierung geradezu bitten auf diesem Wege weiterzufahren, da es in einem Staate der gleichmässigen Kräfteverteilung keine Demokratie gibt, da gibt es nur eine harte Hand, da muss dreingehaut werden.

Stadtrat Dr.Rudolf Schneeweiss polemisiert zunächst gegen Stadtrat Rudolf Marktschläger, der sich gegen die Dringlichkeit des vorliegenden Antrages ausgesprochen hat, was allerdings vom Standpunkt der christlichsozialen Partei nicht unverständlich erscheint. Wer die Tätigkeit der Sozialdemokraten im Parlament objektiv betrachtet, der muss zu dem Schlusse kommen, dass die Partei in den wichtigsten Fragen, insbesondere in Fragen grundlegender Natur z.B. Kreditanstalt nie versagt habe und immer in Stunden der Gefahr mitgewirkt habe. Es sei unrichtig, dass die Sozialdemokraten das Parlament ausgeschaltet haben. Ein äusserliches Moment sei zum Anlass genommen worden, die Tätigkeit des Parlamentes lahm zu legen, trotzdem die hervorragendsten Staatslehrer den Gedanken vertreten, dass die Parlamentskrise auf Grund der bestehenden Gesetze leicht aus der Welt zu schaffen gewesen wären.Redner verweist auf den Universitätsprofessor Dr.Hugelmann, der der christlichsozialen Partei angehörte und infolge der Haltung der christlichsozialen Partei, die er mit seinem Gewissen nicht mehr vereinbaren könne, ausgetreten sei. Der Redner bespricht nun eingehend den ex lex Zustand

auf Grund der bestehenden Verfassung und kommt zu dem Schlusse, dass der Herr Bundespräsident die Möglichkeit gehabt hätte, das Parlament wieder flott zu machen. - Von den Juristen des Gemeinderates hätte man erwarten können, dass sie sich mit den rechtlichen Fragen befassen. Man braucht sich nur die Bestimmungen des Uebergangsgesetzes zur Verfassung vom 1.Oktober 1920 anschauen, wo festgelegt ist, unter welchen Voraussetzungen das Gesetz vom 24.Juli 1917,R.G.Bl.Nr.307 zu handhaben ist. Die heutigen wirtschaftlichen Ursachen der Krise sind wohl nicht mehr im Kriege zu suchen, sie haben auch ihre Auswirkungen nicht auf Oesterreich beschränkt, sondern sie zeigen sich auch in den sogenannten Siegerstaaten. Aber selbst wenn man auf dem Standpunkt stünde, dass die Notverordnungen der letzten Zeit im kriegswirtschaftlichen Gesetze begründet seien, wie soll man es verstehen, dass die Regierung die Bestimmungen über die Geschworenengerichte aus dem Jahre 1873 geändert habe ? Der Regierung hat eben ein Freispruch nicht gefallen und daher die Abänderung des Gesetzes. Warum hat sie dieses Gesetz nicht nach dem 15.Juli 1927, wo auch ein Freispruch zu Unrecht erfolgte,abgeändert ? Die augenblicklichen Notverordnungen gehen gegen eine bestimmte Richtung und daher die Abänderung dieses Gesetzes.
Die Strafprozessordnung enthält eine hohe sittliche Bestimmung: Eine Verurteilung,die zu Unrecht besteht, zu kassieren. Es sei verhängnisvoll dieses Kassationsrecht nunmehr auch auf Freisprüche auszudehnen. Die Tat einer Kindesmörderin hat weder mit dem Kriege noch mit den politischen Verhältnissen etwas zu tun. Die Bundesverfassung zeige genau die Rechte des Bundespräsidenten in Fällen, wo das Parlament versagt. Aus allen diesen Gründen sei es unsere Pflicht, darnach zu trachten, dass wir wieder zu verfassungsmässigen Zuständen kommen, und das beinhaltet der Dringlichkeitsantrag.

G.R.Hans Steiner wendet sich gegen die Ausführungen des G.R.Dr.Breitler und bezeichnet es als eine Selbstverständlichkeit,

dass er in diesem Falle mit den Sozialdemokraten stimme, da doch seine Partei unter den gegenwärtigen Verhältnissen am schwersten zu leiden habe. Ihm übrigen sei ihm der Nationalrat immer noch lieber, als eine diktatorische Regierung.

G.R. Josef Hamberger bespricht das Verhalten der Christlichsozialen Arbeiterorganisationen und bringt zum Ausdruck, dass sich diese immer gegen soziale Härten eingesetzt haben, dass sie aber die Massnahmen der Regierung bezüglich des Gehaltsabbaues der Bankdirektoren für gut befinden und dass sich durch die verordnete Zinsfussermässigung Arbeitsmöglichkeiten ergeben werden. Er polemisiert gegen die Rede des Stadtrates Dressl und meint, dass die Sozialdemokraten im Nationalrat durch ihre Obstruktion den ordnungsmässigen Weg aufgehalten haben. Die christlichsozialen Arbeiter werden aber dem Bundeskanzler Dollfuss treue Gefolgschaft leisten.

G.R.Franz Schrangl stellt fest, dass die Christlichsozialen in ihrer Geschlossenheit alles das was an den Arbeitern gesündigt wurde auch decken. Er bezeichnet das Benehmen der Christlichsozialen als an das Wort grenzend, das G.R.Dr.Breitler gegenüber den Sozialdemokraten gebraucht hat. Es wäre unklug, wenn man in einer Zeit wie heute durch Ausdrücke, wie Demagogie, wirtschaftliche Debatten abführe. Warum fragen sie nicht das Volk, wenn sie glauben, dass die Mehrheit mit den Verfügungen der Regierung Dollfuss einverstanden ist. Die Wurzel wissen wir ja, ihre Stellung im Parlament wäre erschüttert. Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass sich jede Diktatur selbst zu Falle bringt; wir sind auch überzeugt, dass wir diese Zeit überstehen werden, aber nicht die Christlichsoziale Partei.

Stadtrat Rudolf Marktschläger wendet sich dagegen, dass man versucht, die Christlichsozialen als Gewalttäter hinzustellen und stellt fest, dass sie keine Faschisten und als Demokraten jedem Radikalismus abhold seien. Er weist auch darauf hin, dass die Massnahmen der Regierung nicht als arbeiterfeindlich zu

bezeichnen sind; man müsste sonst auch die Gehaltskürzungen der Gemeinde Steyr als unsozial halten. Auch die katholische Bewegung wird diese Zeit überstehen und wenn auch manche Bitternis über sie kommen wird. Es ist auch bestimmt nicht die Absicht der Regierung, Wahlen zu verhindern. Seine Partei ist auch nicht gewillt, faschistische Methoden zu kopieren.

G.R.Kirchberger Josef weist darauf hin, dass, bevor Wahlen kommen, vorerst noch eine Menge Notverordnungen kommen werden, die die politischen Rechte der Arbeiter noch weiter beschneiden. Die Sozialdemokraten werden aber das aushalten und ausserhalb des Parlamentes offen und ehrlich weiterkämpfen.

Bürgermeister-Stellv.Ferdinand Knabl erklärt, die erhobenen Vorwürfe nicht hinzunehmen und kritisiert ebenfalls das Verhalten der Sozialdemokraten im Parlament und kommt darauf zu sprechen, dass es die Sozialdemokraten unter der Kanzlerschaft Dr.Seipels ablehnten, in die Regierung einzutreten. Er spricht sich schliesslich gegen jede Klassenverhetzung und für eine gedeihliche Zusammenarbeit in der Zukunft aus.

Die hierauf erfolgte Abstimmung ergibt die Annahme des gestellten Dringlichkeitsantrages mit überwiegender Mehrheit.

Bürgermeister Sichlrader gibt bekannt, dass er nur auf Grund des Antrages die Weiterleitung an den Herrn Bundespräsidenten veranlassen werde und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass das heute Vorgebrachte auch in die Tat umgesetzt werde.

Hierauf wird die öffentliche Sitzung durch den Vorsitzenden um 19 Uhr 30 Minuten als geschlossen erklärt.

Der Vorsitzende:
Sichlrader e.h.

Der Schriftführer:
Hans Sichlrader e.h.

Die Niederschriftsprüfer:
Anton Weindl e.h.
Rudolf Berger e.h.

T a g e s o r d n u n g

für die vertrauliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr,
am Samstag, den 29.April 1933.

Fürsorgeausschuss.

Referent Bürgermeister-Stellvertr.Anton Azwanger:

1.) Fürsorgerekurse.

Referent G.R. Erma Schwitzer:

2.) Fürsorgerekurse.

Finanz- und Rechtsausschuss.

Referent Stadtrat Dr.Rudolf Schneeweiss:

3.) Aufnahmen in den Heimatverband auf Grund der Ersitzung.

4.) Zusicherungen der Aufnahme in den Heimatsverband auf Grund der Ersitzung.

S t a d t r a t.

Referent Stadtrat Karl Klement:

5.) Freiwillige Zusicherungen der Aufnahme in den Heimatverband.

****

Verzeichnis

der in der Gemeinderatssitzung am 29.April 1933 zu behandelnden

Heimatrechtsakten.

Finanz- und Rechtsausschuss.

Referent Stadtrat Dr.Rudolf Schneeweiss:

I. Ansuchen um Aufnahme in den Heimatverband auf Grund der Ersitzung.

a) Bewilligungen:

Aitzetmüller Ludwig, Hilfsarbeiter, Schillerstrasse 8	Zl. 227/33
Brandstädter August, Hilfsarbeiter, Schillerstrasse 10	Zl.5470/32
Brandstätter Leopold, Schlosser, Schubertstrasse 3	Zl.6404/32
Brandstetter Zäzilia, häuslich, Sierningerstrasse 72	Zl. 610/33
Burgholzer Johann, Hilfsarbeiter, Sierningerstr.Bar.1	Zl.6573/32
Deicker Franz, Schmied, Arbeiterstrasse 3	Zl. 225/33
Derfler Maria, häuslich, Wehrgrabengasse 83	Zl.8081/32
Dorner Johann, Fabriksarbeiter, Engegasse 16	Zl.8088/32
Ehrenhauser Franz, Chauffeur, Schuhbodengasse 11	Zl.2345/33
Einwitschläger Hermann, Zeugschmied, Schillerstrasse 8	Zl.1910/33
Enichlmayr Franz, Glasergehilfe, Josef Wokralstrasse 23	Zl.7110/32
Färber Josef, Tischler, Sierningerstrasse 72	Zl.8083/32
Filip Johann, Betriebschemiker, Tomitzstrasse 12	Zl.2158/33
Fuchs Maria, Hilfsarbeiterin, Gleinkergasse 25	Zl.449/33
Ing.Gaigg Karl, Güterdirektor, Berggasse 2	Zl.8164/32
Glössmann Ferdinand, Hilfsarbeiter, Fabrikstrasse 7	Zl.7130/32
Grasbon August, Messerer, Hammerschmiedberg 14	Zl.1049/33
Grimm Maria, häuslich, Kammermayrstrasse 14	Zl.4962/32
Gruber Rudolf, Eisenhobler, Neustrasse 9	Zl.8171/32
Gutbrunner Karl, Autounternehmer, Fabrikstrasse 38	Zl.7748/32
Hartleithner Ignaz, Schlosser, Kammermayrstrasse 16	Zl.1347/33
Heigl Johann, Giesser, Gaswerkgasse 14	Zl. 496/33
Heitzmann Josef, Klavierhändler, Gleinkergasse 17	Zl. 999/33
Hetzmanseder Zäzilie, Hilfsarbeiterin, Fischergasse 13	Zl.7033/32
Hinterhölzl Johann, Tischler, Hochstrasse 14	Zl.2397/33
Hölblinger Johann, Schlosser, Werndlgasse 2	Zl.6447/32
Holzer Eleonore, Hilfsarbeiterin, Johannesgasse 19	Zl. 226/33
Hölzl Anton, Hilfsarbeiter, Wehrgrabengasse 85	Zl.6472/32
Höritzauer Josef, Fabriksarbeiter, Moserstrasse 3	Zl.1263/33
Illmaier Johann, techn.Beamter, Dukartstrasse 5	Zl. 164/33
Jauker Martin, Bahnangestellter, Josef Wokralstrasse 1	Zl.2249/33
Käferböck Johann, Bahngestellter, Leopold Werndlstr.8	Zl.2449/33
Kamauf Zäzilie, Ordensschwester, Sierningerstrasse 170	Zl. 258/33
Kepplinger Eligius, Schlossermeister, Jos.Wokralstr.4	Zl.7599/32
Kirchschläger Maria, häuslich, Hochstrasse 13	Zl.495/33
Kitzmüller Hedwig, häuslich, Wehrgrabengasse 101	Zl.2173/33
Kollingbaum Josef, Schuhmacher, Fabrikstrasse 22	Zl.2056/33
Komautz Anna, Private, Bahnhofstrasse 18	Zl.7731/32
Krauthaufer Leopold, Hilfsarbeiter, Werndlgasse 20	Zl.1768/33
Kreutzinger Maria, Kanzleigehilfin, Wienersdorf Nr.111	Zl.6293/32
Kroiss Friedrich, Bahnangestellter, Gleinkergasse 25	Zl.2525/33
Kröpelbauer Franz, Hilfsarbeiter, Zieglergasse 15,	Zl.7922/32
Mayrhofer Franz, Tischler, Haratzmüllerstrasse 29	Zl.7281/32
Moser Leonhard, Schlosser, Ennskai 7	Zl.2003/33
Neuwirth Karl, Schlosser, Fabrikstrasse 42	Zl.7327/32
Niebauer Alois, B.B.Pensionist, Stadtplatz 21	Zl.2288/33
Niedermayr Ferdinand, Vertreter, Stadtplatz 30	Zl.7326/32
Pabst Josef, Schlosser, Neustrasse 9	Zl.7328/32

Peterwagner Karl, Bahnangestellter, Kollergasse 9	Zl. 224/33
Pfaffenhuber Karl, Schlosser, Neustrasse 1	Zl.1050/33
Pichler Lambert, Hilfsarbeiter, Feldstrasse 12	Zl.7611/32
Proj Maurizius, Schlossermeister, Wehrgrabengasse 27	Zl.1643/33
Raber Josefa, Wirtschafterin, Engegasse 11	Zl.7515/32
Rammerstorfer Michael, Schleifer, Bogengasse 3	Zl.7451/32
Rebitschek Maria, Köchin, Untere Kaigasse 2	Zl.6587/32
Reindl Leopold, Hilfsarbeiter, Schiffmeistergasse 11	Zl. 620/33
Riedlhuber Petrus, Hilfsarbeiter, Sierningerstrasse 84	Zl.1588/33
Salzleitner Johanna, Köchin, Annaberg 2	Zl.7923/32
Singhuber Franz, Beamter, Gaswerkgasse 10	Zl.6283/32
Schachner Franz, Schlosser, Hammerschmiedberg 14	Zl. 126/33
Schmidt Franz, Kaufmann, Engegasse 23	Zl.6239/32
Schnellinger Florian, Fab. Arbeiter, Michael Voglstrasse 2	Zl.2481/33
Schwarz Josef, Bäckergehilfe, Sierningerstrasse 84	Zl.6712/32
Spitzer Maria, Hausgehilfin, Wehrgrabengasse 59	Zl.6834/32
Stöger Wenzel, Fabriksarbeiter, Schwimmschulstr.1	Zl. 930/33
Streimedweger Josef, Hilfsarbeiter, Gaswerkgasse 12	Zl.6690/32
Taferner Margarete, Hilfsarbeiterin, Hammerschmiedb.14	Zl.1699/33
Vincro Alois, Hilfsarbeiter, Gleinkergasse 46	Zl.6952/32
Walchshofer Katharina, Hilfsarbeiterin, Schillerstrasse 8	Zl.7019/32
Wasl Josef, Bahnangestellter, Grillparzerstrasse 3	Zl.1789/33
Weidinger Anton, Eisenhobler, Schwimmschulstrasse 6	Zl.996/33
Weissböck Zäzilia, Hilfsarbeiterin, Wehrgrabengasse 35	Zl.6357/32
Zettl Franz, Schlosser, Direktionsstrasse 4	Zl. 763/33

b) Abweisungen:

Loreth Antonia, Ansuchen der Gemeinde Ried i.Innkr.	Zl.6143/32
Zebisch Franz, Ansuchen der Gemeinde Sierning	Zl.6292/32

II. Zusicherungen der Aufnahme in den Heimatverband auf Grund der Ersitzung.

Blesberger Anna, Hilfsarbeiterin, Arbeiterstrasse 5	Zl.7578/32
Denk Karl, Kupferschmied, Bogengasse 2	Zl.8102/32
Saal Otto Wilhelm, Beamter, Bahnhofstrasse 24	Zl.1029/33

S t a d t r a t.

Referent Stadtrat Karl K l e m e n t:

Freiwillige Zusicherungen der Aufnahme in den Heimatverband:

a) Bewilligungen:

Bader Josef, Fachschüler, Schlüsselhofgasse 35	Zl. 402/33
Hlavaty Franz, Kutscher, Stadtplatz 35	Zl.7012/32
Reiter Friedrich, Ingenieur, Prevenhubergasse 6	Zl. 888/33
Rupp Rudolf, Messerer, Neustrasse 15	Zl.1601/33

b) Abweisungen: